



Anlage

Schwäbisch Gmünd, 23.11.2010
Gemeinderatsdrucksache Nr. 115/2010

"Demografischer Wandel - Schwäbisch Gmünd schafft Zukunft"





INHALTSVERZEICHNIS

A. Beschreibung der demografischen und wirtschaftlichen Situation in Schwäbisch Gmünd	5
Landesweite Trends, Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre, Bevölkerungsprognose bis 2030, Veränderungen in der Altersstruktur in der Gesamtstadt und nach Stadtteilen, Bevölkerungsstruktur und finanzielle Folgen	
B. Bestandsaufnahme zum bisherigen Engagement im Bereich des demografischen Wandels	18
C. Die Handlungsstrategien	20
Die Verbindung der kommunalen Daseinsvorsorge, die Steigerung der Attraktivität der Stadt, die Verbindung der Kommunikation, die Stärkung der regionalen Kooperation und die Förderung von Innovation und Wachstum	
D. Die Handlungsfelder	22
Wirtschaft	22
Stadtplanung und Wohnen	23
Verkehr	24
Bildung	25
Kinder- und familienfreundliche Stadt	27
Seniorenfreundliche und barrierefreie Stadt	29
Zuwanderung und Integration	31
Solidarität im Sozialen	32
Kultur, Freizeit und Sport	33
Unterstützung für die Stadt aus der Region	36



Deutschlands Kommunen stehen vor einem tiefgreifenden Wandel in der Bevölkerungsentwicklung. Sinkende Bevölkerungszahlen und die Veralterung der Bevölkerung induzieren den demografischen Wandel in den meisten Städten. Vor diesem Hintergrund der bundesweiten Entwicklung will die Stadt Schwäbisch Gmünd durch genaue Betrachtung der Gegenwart ein Bewusstsein für die ortsspezifische Situation schaffen, um Aussagen über die Zukunft zu ermöglichen und zielorientierte Maßnahmen ergreifen zu können.

Wie wird sich unsere Stadt in den nächsten Jahrzehnten verändern? Wie werden Jung und Alt zusammen leben können? Wie viele Kindergärten und Schulen werden wir benötigen? Wie viele Arbeitskräfte werden zur Verfügung stehen, um den Wohlstand der Bevölkerung zu erwirtschaften? Welche Freizeitangebote werden in unserer Stadt benötigt? Sind ausreichend altengerechte Wohnungen mit Nahversorgungsangeboten vorhanden? Haben wir bis dahin eine bedarfsgerechte Infrastruktur für Senioren aufgebaut? Wie können wir die Potentiale der älteren Menschen nutzen? Und wie können wir die Kriterien einer kinder- und familienfreundlichen Stadt erfüllen?

Diese Fragen und andere waren Ausgangspunkt für die **Einsetzung einer Projektgruppe Demografie** innerhalb der Stadtverwaltung unter der Federführung des Dezernats 3 und dem Leiter des Amtes für Familie und Soziales als Koordinationsstelle. Die Projektgruppe setzte sich **fachbereichsübergreifend** aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Amt 10: Sibylle Maier
- Amt 14: Meinhard Matzeit
- Amt 40: Karin Schüttler
- Amt 50: Dieter Lehmann
- Amt 50: Bärbel Blaue
- Amt 50: Gertrud Kolbe-Lipp
- Amt 61: Alexander Krämer

Die Erstellung der Vorlage geschah durch die Beteiligung und Zuarbeit verschiedener Fachämter und Bereiche, die Zusammenstellung durch das Amt für Familie und Soziales sowie durch die Abstimmung in der Dezernentenkonferenz.

Schwäbisch Gmünd hat sich zum Ziel gesetzt, den Demografischen Wandel als Chance zu sehen und deshalb **Strategien entwickelt und Handlungsfelder benannt**, um den demografischen Wandel aktiv zu gestalten.

Dazu wird im ersten **Teil A** die demografische und wirtschaftliche Situation in Schwäbisch Gmünd analysiert. Landesweite Trends, Vergleiche mit Nachbarstädten, Bevölkerungsprognosen unterschieden nach Bevölkerungsgruppen und Stadtteilen, die Beschäftigungsstruktur und die finanziellen Folgen werden dargestellt.

Der **Teil B** beschreibt kurz was bisher zur Gestaltung des Demografischen Wandels unternommen wurde.



Im dritten **Teil C** werden die fünf Handlungsstrategien zur Bekämpfung des Bevölkerungsverlusts und zur aktiven Gestaltung der sich verändernden Bevölkerungsstruktur benannt.

Im **Teil D** werden die zehn Handlungsfelder beschrieben, die in den kommenden Jahren mit konkreten Maßnahmen zu bearbeiten sind.



A. Beschreibung der demografischen und wirtschaftlichen Situation in Schwäbisch Gmünd

Landesweite Trends

Das Statistische Landesamt rechnet bis 2030 für Baden-Württemberg mit einem Bevölkerungsverlust von 3,5 % (Berechnungsbasis 2008). Hinzu kommt ein veränderter Altersaufbau der Bevölkerung. Der Anteil der Hochbetagten wird in diesem Zeitraum um 84,9% steigen, der Anteil der 60 – 85-Jährigen um 30,9%. Zusammen genommen werden beide Bevölkerungsgruppen 2030 einen Anteil von 34,1% an der Gesamtbevölkerung einnehmen (2008: 24,2%). Der Anteil der unter 20-Jährigen wird demgegenüber mit 17,1% nur halb so groß sein (2008: 20,4%).

Die Zahl der Kinder im Kindergartenalter nimmt ebenso ab wie in den allgemein bildenden Schulen, wo 2030 im Vergleich zu heute mehr als jede fünfte Schulbank leer bleiben dürfte. Da weniger junge Menschen ins Erwerbsalter hineinwachsen, wird auch die Erwerbsbevölkerung schrumpfen und altern.

Die prognostizierten Bevölkerungsverluste resultieren bis 2030 nicht allein aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Saldo aus Geburten- und Sterbefällen), sondern auch aus der räumlichen Bevölkerungsentwicklung (Wanderungen). Dabei sehen die demografischen Entwicklungen in den verschiedenen Stadt- und Landkreisen des Landes unterschiedlich aus. Der Ostalbkreis befindet sich mit -5,0% im letzten Drittel der Kreise bei einem landesweiten Durchschnitt von 3,5%, nur zwei Stadtkreise (Baden-Baden und Ulm) gewinnen bis dahin noch an Einwohnern.

Die künftige Bevölkerungsentwicklung in der Region Ostwürttemberg und ihren großen Kreisstädten wird damit ganz entscheidend von der jeweiligen Zuwanderungsattraktivität – und Intensität abhängen. Die geringe Entfernung nach Stuttgart (50 km) bietet besonders von der geografischen Lage her für den Raum Schwäbisch Gmünd Potenziale.

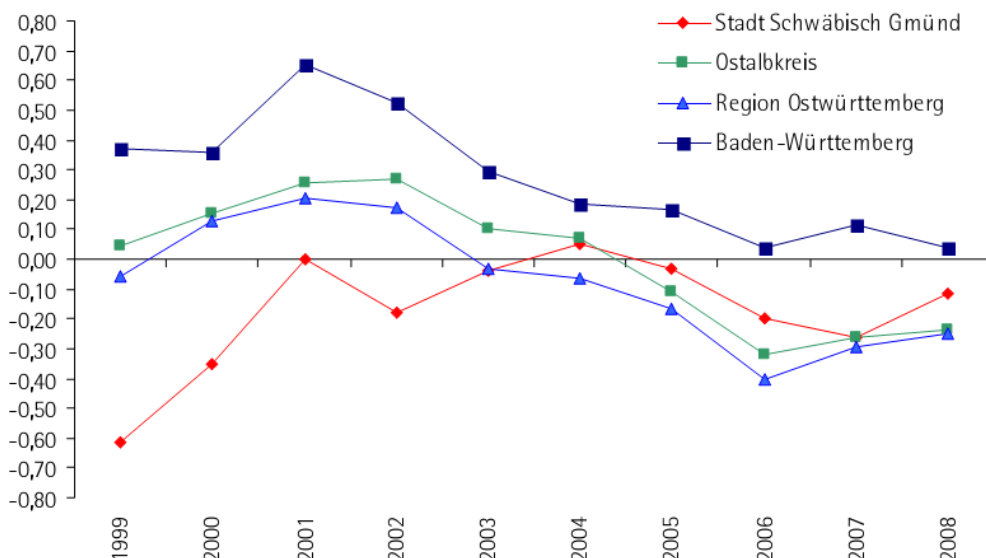
Der zu findende Spagat für die Wachstumsstrategien der Zukunft wird sein: Welche Strategien lassen sich erfolgreich in Kooperation für einen gemeinsamen Bevölkerungsgewinn umsetzen und welches sind die Grenzen, die Konkurrenzstrategien der einzelnen Landkreise, großen Kreisstädte im gegenseitigen Wettbewerb um Zuwanderung und Geburten?

Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre in Schwäbisch Gmünd

Schwäbisch Gmünd war in den letzten Jahren durch einen Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet. Überalterung und Wanderungsverluste ins Umland führten dazu, dass die Stauferstadt anders als die meisten ihrer Nachbargemeinden keine Einwohner gewinnen konnte.



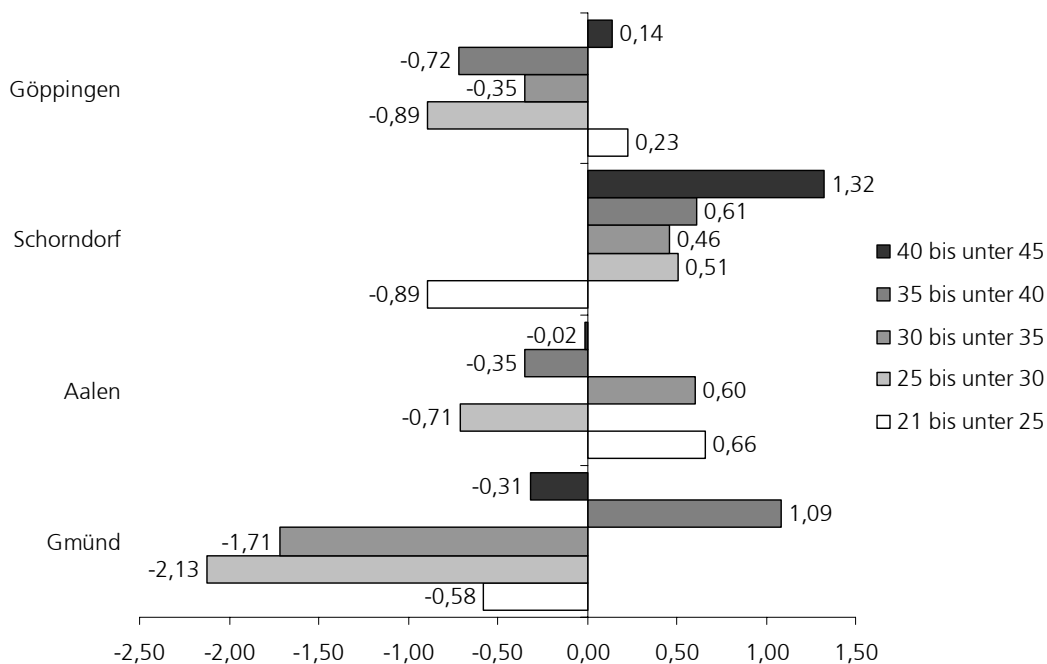
Wanderungsbilanz: Gewinne/Verluste in Prozent der Bevölkerung



Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Immerhin konnten die Wanderungsverluste in den letzten Jahren begrenzt werden. Bis einschließlich 2002 entwickelte sich Schwäbisch Gmünd nämlich wesentlich schlechter als der regionale Durchschnitt, danach verlief die Entwicklung weitgehend parallel zu Gesamtregion und Landkreis.

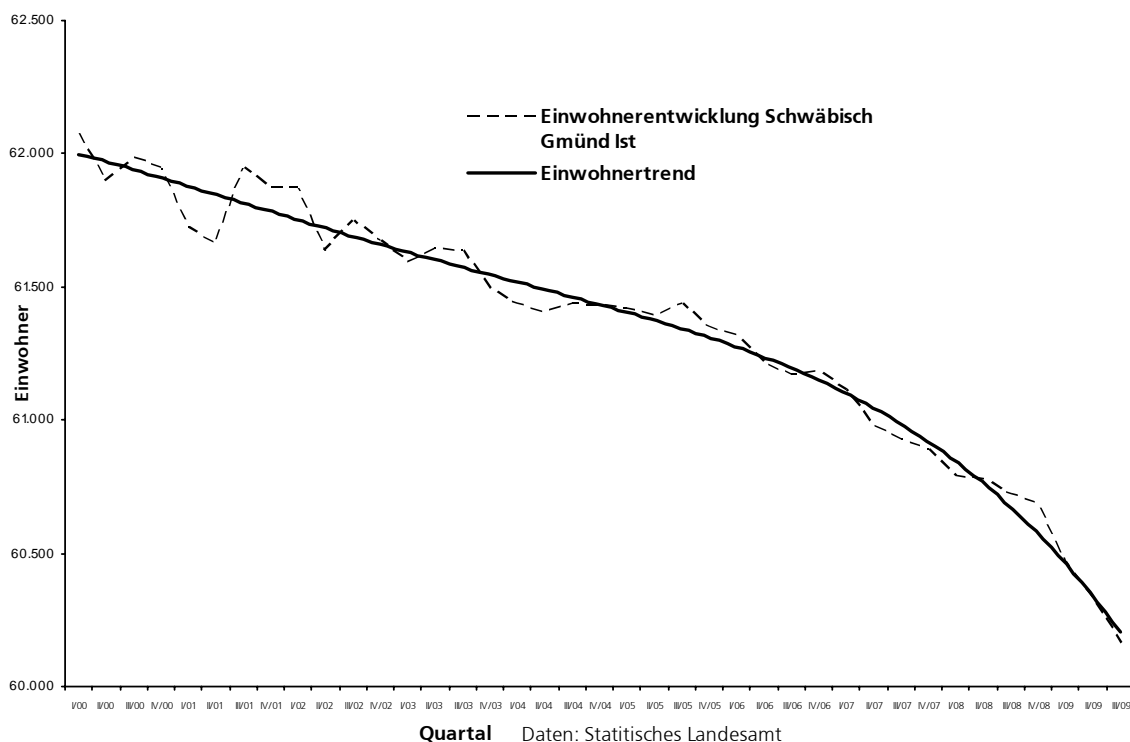
Wanderungssalden je 1000 Einwohner in den Jahren 2007 - 2008





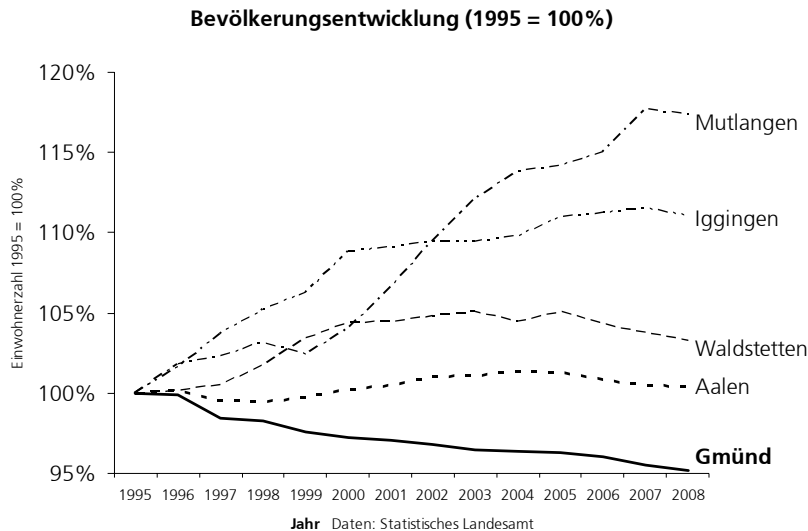
Eigene Berechnung auf Datenbasis des Statistischen Landesamtes

Im Vergleich mit benachbarten Mittelzentren fällt auf, dass Gmünd besonders in der Altersgruppe der 25-35-Jährigen verliert. Dies ist teilweise auf die ansässigen Hochschulen zurückzuführen, deren Studenten nach Abschluss ihrer Ausbildung der Stadt mehrheitlich den Rücken kehren. Darüber hinaus wandern auch viele ortsansässige, junge Menschen während der Berufsfindungsphase aus der Region Schwäbisch Gmünd ab. Dies wirft Fragen zur Arbeitsplatzquantität und –qualität. Interessant ist das Schwäbisch Gmünd - zumindest in den Jahren 2007 und 2008 – in der Altersgruppe der 35-40-Jährigen Einwohnergewinne verbuchen konnte. Da dieser Altersgruppe viele Bauwillige angehören, könnte dies als Erfolg der Gmünder Baulandstrategie gedeutet werden.



(Die Trendkurve wurde vom Tabellenkalkulationsprogramm mit einem Polynom 4. Grades berechnet. Die amtliche Einwohnerzahl des statistischen Landesamtes lag zum Redaktionsschluss nur bis zum 3. Quartal 2009 vor.)

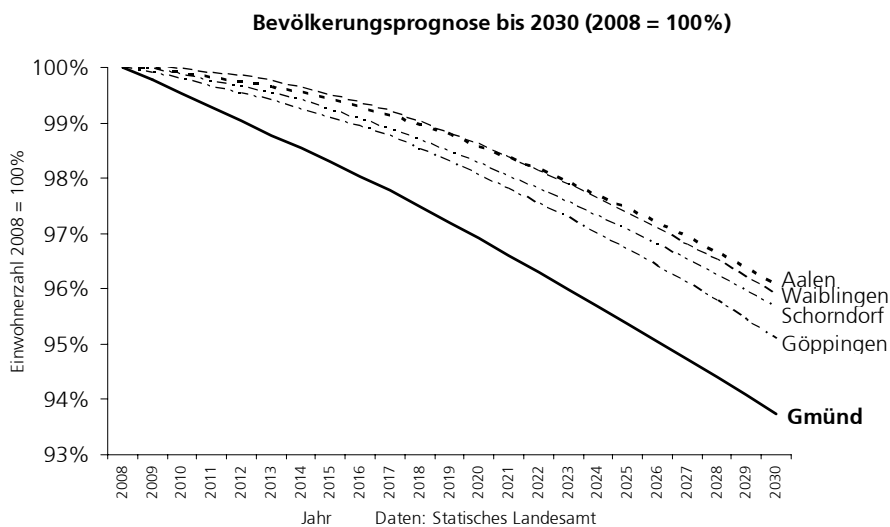
Wenn man die natürliche Bevölkerungsentwicklung mitberücksichtigt, ergibt sich jedoch ein ganz anderes Bild. Die Trendkurve zeigt, dass sich der Bevölkerungsrückgang in den Jahren 2007 bis 2009 noch beschleunigt hat. Dadurch wird deutlich, wie stark die natürliche Bevölkerungsentwicklung die Gesamtbilanz prägt. Die Überalterung unserer Gesellschaft, von der Schwäbisch Gmünd besonders betroffen ist, bedingt fast zwangsläufig rückläufige Einwohnerzahlen, die sich auch durch Zuwanderung nicht kompensieren lassen.



Viele kleinere Nachbargemeinden konnten seit 1995 Einwohnerzuwächse verzeichnen. Inzwischen sind aber auch dort leichte Bevölkerungsverluste zu beklagen. In den Mittelzentren der Region verlief die Entwicklung derweil verhaltener ab. Aalen konnte anders als Schwäbisch Gmünd seine Einwohnerzahl zumindest stabilisieren.

Bevölkerungsprognose für Schwäbisch Gmünd

Die Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes (StaLa) bricht überregionale Entwicklungstrends auf die einzelnen Gemeinden herunter unter der Annahme, dass die lokalen Entwicklungsbedingungen konstant bleiben. Daher ist diese Prognose als ein Status-quo-Szenario zu verstehen, das vermutlich eintreten wird, wenn sich die Stadt nicht gegen diese Entwicklung stemmt.

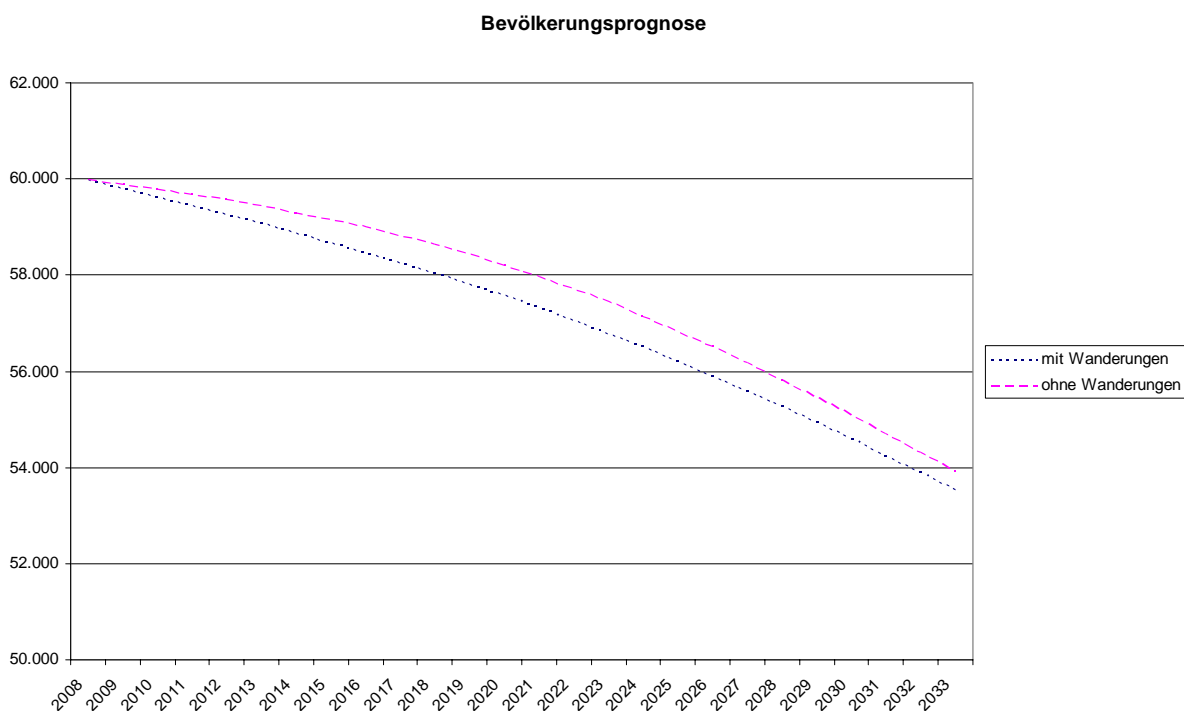




Wegen des besseren strukturellen Vergleichs und der Anschaulichkeit wurden die vom StaLa erstellten Prognosen für verschiedene Mittelzentren der Region gegenüber gestellt. Da das Landesamt für alle Städte die gleiche Methodik anwendet, sind die Zahlen vergleichbar.

Gegenüber der letzten Bevölkerungsprognose, die auf der Basis der Jahre bis einschließlich 2005 erfolgte, hat sich die Situation für Schwäbisch Gmünd etwas verbessert und für die Vergleichsstädte tendenziell verschlechtert. Gleichwohl ist Schwäbisch Gmünd aber immer noch vom Einwohnerrückgang stärker betroffen als die anderen Städte.

Das eigene Bevölkerungsberechnungsmodell der Stadt Schwäbisch Gmünd, das von einem privaten Anbieter¹ erstellt wurde, bildet die lokalen Bedingungen genauer und kleiner ab.



Daten: Bevölkerungsmodell der Hildesheimer Planungsgruppe für Schwäbisch Gmünd

Aufgrund der negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung ist auch bei dieser Berechnung für die Zukunft von rückläufigen Einwohnerzahlen auszugehen. Abwanderungen können diesen Trend noch verstärken. Im vorliegenden Szenario wurden die Wanderungsbewegungen der letzten drei Jahre auch für die nächsten zwei Jahre zu 100% angesetzt und dann bis 2033 schrittweise auf 85% des heutigen Umfangs reduziert.

Wanderungsbewegungen lassen sich anders als die natürliche Bevölkerungsentwicklung durch die gemeindliche Baulandpolitik beeinflussen. Ziel der Stadt ist es, regionale Zu-

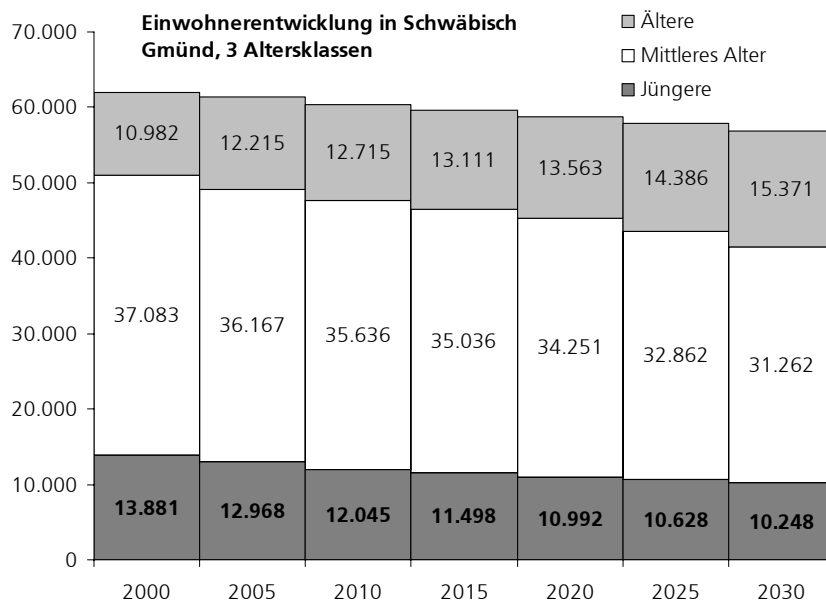
¹ Hildesheimer Planungsgruppe, Prof. Dr. J. Kolb, 2008



wanderungen zukünftig stärker in das Gemeindegebiet zu lenken. Denn in der Vergangenheit hat Schwäbisch Gmünd in nicht unerheblichem Maße Bewohner an sein Umland verloren. Daher ist Schwäbisch Gmünd bestrebt künftig so viel Einwohner ins Stadtgebiet zu locken, wie es dem prognostizierten durchschnittlichen Wanderungsgewinn seines Einzugsbereichs entspricht. In der Bedarfsberechnung für den Flächennutzungsplan wird daher davon ausgegangen, dass ein Wanderungsgewinn von 975 Personen bis zum Jahr 2022 erreicht werden kann. In Zusammenschau mit dem natürlichen Bevölkerungsverlust ergäbe sich damit für das Jahr 2022 eine Einwohnerzahl 61.039. Dies ist deutlich mehr als in den Prognosen des obigen Schaubildes, wo Werte zwischen 57.000 und 58.000 Einwohnern erreicht werden. Die Realität wird sich vermutlich irgendwo dazwischen abspielen. An dieser Stelle geht es auch eher darum einen Entwicklungskorridor aufzuzeigen.

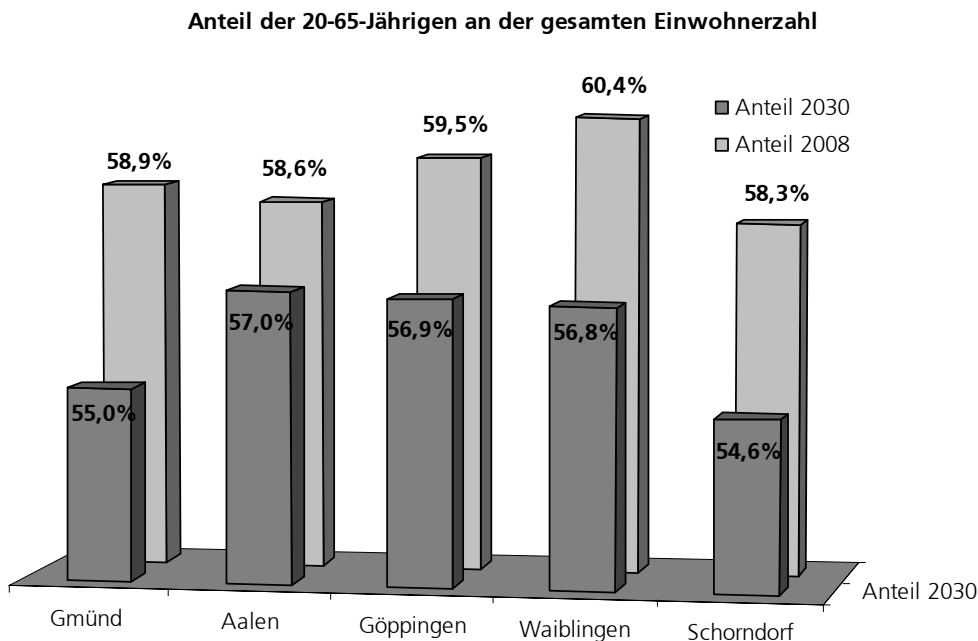
Veränderungen in der Altersstruktur

Die Alterszusammensetzung wird sich in Schwäbisch Gmünd in den nächsten 25 Jahren erheblich verändern. Jugend- und Altenquotient geben an, wie sich der Anteil der unter 18-Jährigen bzw. der über 65-Jährigen zum Anteil der dazwischen liegenden Altersgruppe – also den potenziell Erwerbsfähigen – verhält. Zwar wird der Jugendquotient nach Berechnungen des städtischen Bevölkerungsmodells mit 33% (heute = 34%) weitgehend konstant bleiben unter der Voraussetzung, dass keine gravierenden Änderungen im Geburtenverhalten auftreten. Doch der Altenquotient wird im selben Zeitraum von 35% auf 49% steigen.



(Jüngere: < 20 Jahre, Mittleres Alter: 20- 65 Jahre, Ältere: > 65 Jahre), Daten: Statistisches Landesamt

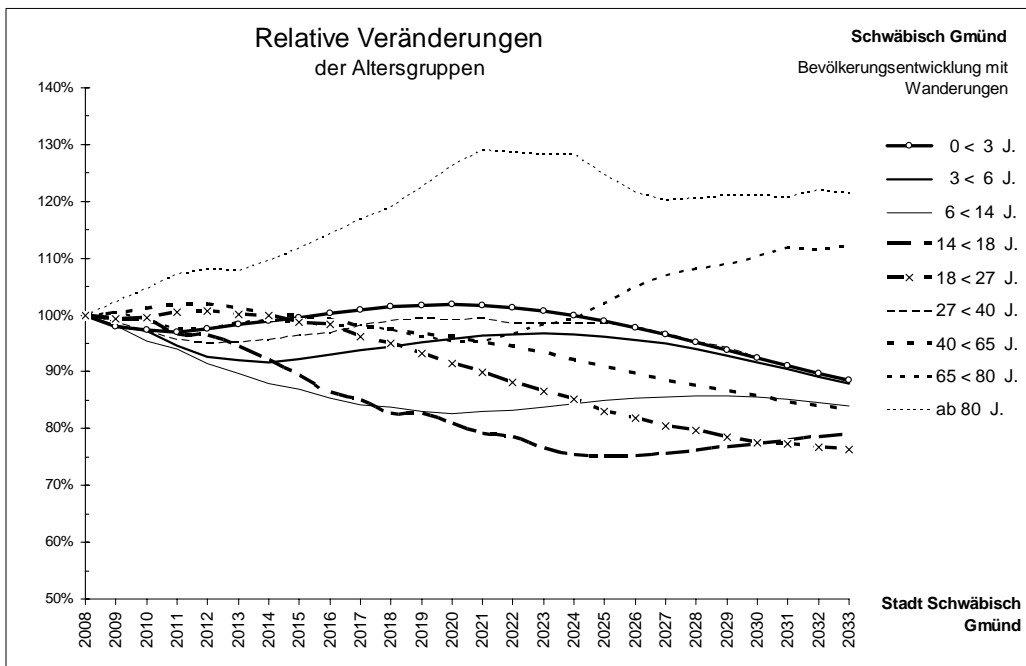
Damit verbunden ist, dass die Bevölkerungsgruppe, die als Arbeitskräfte nach heutigen Maßstäben zur Verfügung steht, stark sinkt. Nach der Prognose des statistischen Landesamtes stehen demnach ca. 4.500 Arbeitskräfte (2010: 35.636 Einwohner im mittleren Alter; 2030: 31.262 Einwohner) im Jahre 2030 weniger zur Verfügung.



Daten: Statistisches Landesamt

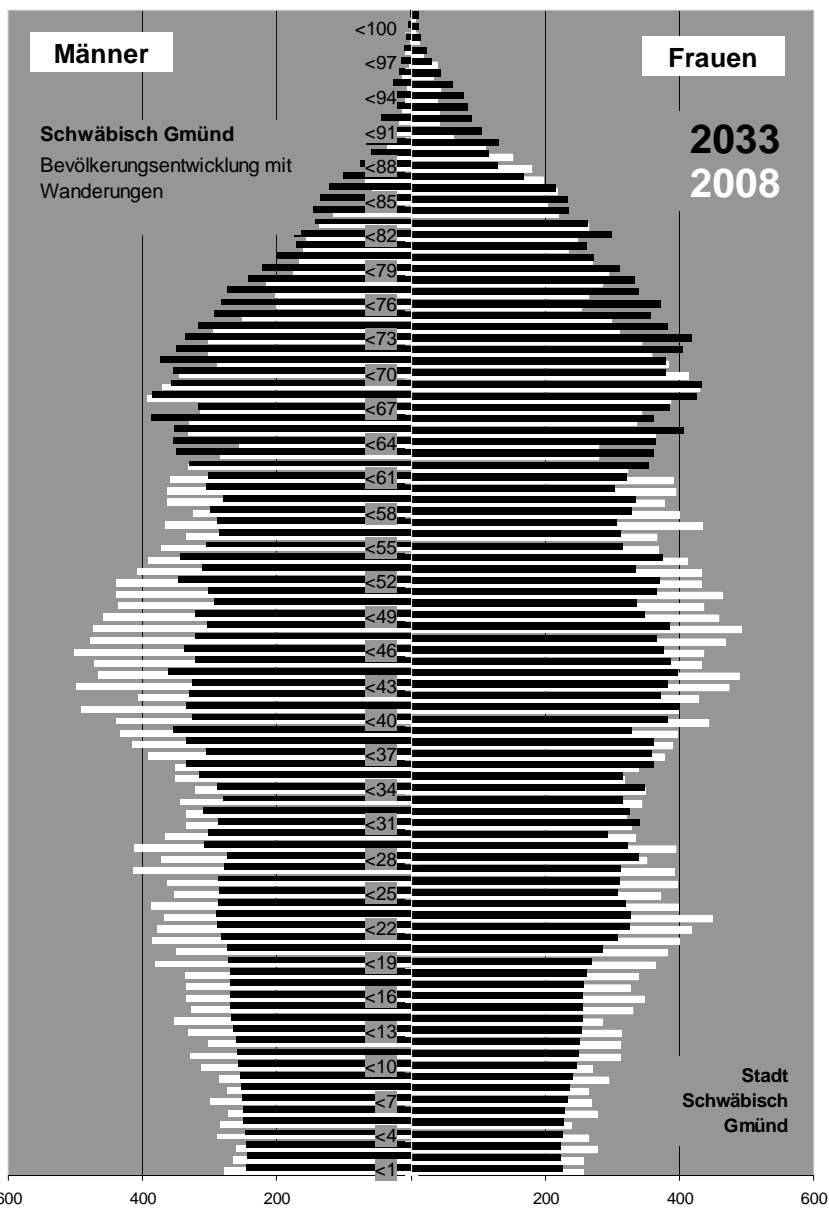
Auch im Vergleich mit anderen Städten bestätigt sich, dass in Schwäbisch Gmünd der Rückgang der Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter stärker ist. Lediglich die Nachbarstadt Schorndorf ist dagegen in ähnlicher Weise von dieser Entwicklung betroffen.

Im folgenden Schaubild erkennt man die Veränderung der einzelnen Altersgruppen, wenn man die heutigen Wanderungsbewegungen berücksichtigt. Dies ist sinnvoll, denn bei den Studenten ist beispielsweise mit regelmäßigen Zu- und Fortzügen zu rechnen und nicht mit einer fortschreitenden Alterung der Personengruppe.



Daten: Bevölkerungsmodell der Hildesheimer Planungsgruppe für Schwäbisch Gmünd

Ein Anstieg ist insbesondere bei den beiden ältesten Bevölkerungsgruppen zu erwarten. Dagegen wird bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Rückgängen gerechnet.

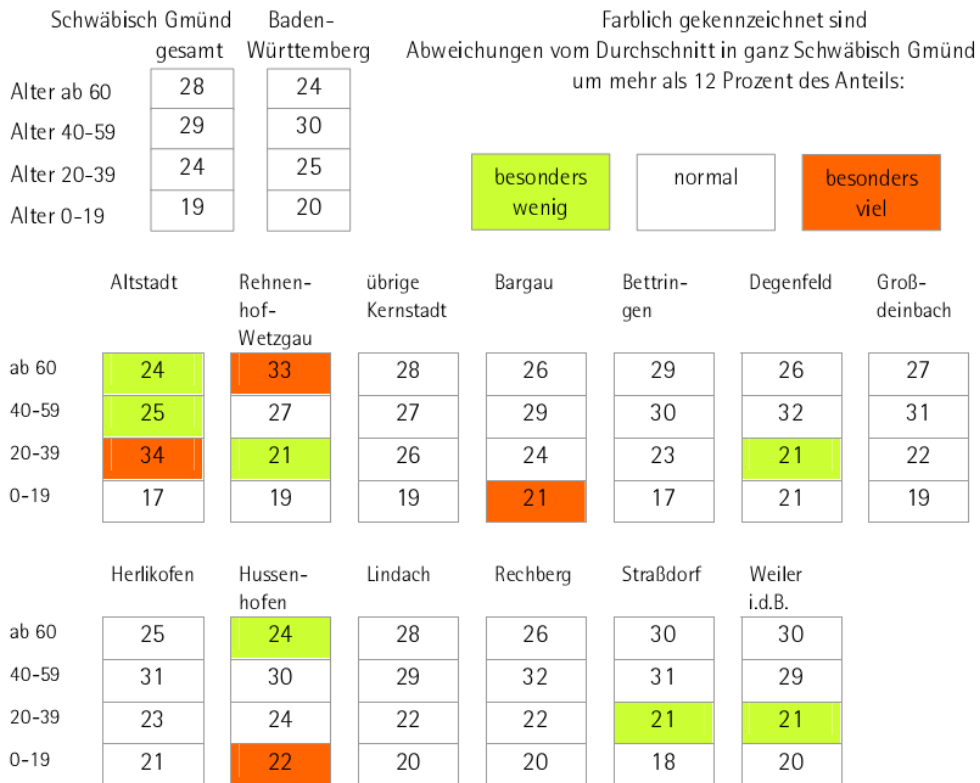


Daten: Bevölkerungsmodell der Hildesheimer Planungsgruppe für Schwäbisch Gmünd

Die Veränderung des Altersaufbaus wird auch durch einen Vergleich der Lebensbäume sichtbar. Bis 2033 sind fast alle Altersgruppen unter 60 Jahren schwächer besetzt als in der Gegenwart.



**Altersstruktur differenziert nach Stadtgebieten 2009 -
Prozentualer Anteil der Altersgruppen an der Stadtgebietsbevölkerung**



Auswertung: Weeber+Partner, Daten: Statistisches Landesamt

Gegenwärtig sind Bargau, Hussenhofen und die Kernstadt durch eine besonders junge Bevölkerungsstruktur geprägt. Überalterungstendenzen sind vor allem in Rehnenhof-Wetzgau festzustellen. In Straßdorf, Weiler und Degenfeld zeigt sich am deutlichsten ein Mangel an jungen Erwachsenen.

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich die natürliche Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Ortsteilen und Wohnbezirken der Kernstadt bis 2033 vollziehen würde. Zuwanderungen durch potenzielle Neubaugebiete bleiben also unberücksichtigt. Im Gegensatz zur obigen Darstellung ist die übrige Kernstadt in acht weitere Wohnbezirke aufgegliedert.



	Jugendliche 2008	Jugendliche 2033	Ältere 2008	Ältere 2033
Innenstadt	16,34%	14,05%	17,54%	24,06%
Äußere Weststadt	14,45%	12,69%	29,08%	33,83%
Innere Weststadt	16,04%	16,41%	24,28%	27,29%
Südstadt	16,23%	14,54%	19,93%	27,44%
Hardt	22,18%	18,31%	14,83%	20,17%
Oststadt	20,08%	16,39%	15,25%	23,20%
Herlik. Berg/Schießtal	13,78%	15,08%	25,65%	29,35%
Becherlehen/Ziegelberg	18,18%	15,68%	17,24%	24,10%
Vogelhof/Kaffeeberg	15,02%	15,15%	20,07%	34,23%
Rehnenhof/Wetzgau	17,72%	15,85%	27,02%	28,94%
Bargau	20,04%	14,52%	18,99%	29,12%
Bettringen	16,47%	15,79%	22,00%	29,86%
Degenfeld	20,51%	17,70%	18,38%	28,44%
Großdeinbach	18,41%	17,92%	20,32%	29,86%
Herlikofen	19,93%	15,45%	17,70%	29,25%
Hussenhofen	20,84%	16,07%	18,35%	26,42%
Lindach	19,05%	17,89%	21,28%	28,18%
Rechberg	18,94%	15,70%	19,46%	29,95%
Straßdorf	17,02%	15,32%	22,11%	32,37%
Weiler	19,04%	13,20%	21,11%	32,10%
Gesamtstadt	17,85%	15,84%	20,83%	28,04%

Daten: Bevölkerungsmodell der Hildesheimer Planungsgruppe für Schwäbisch Gmünd

Vogelhof/Kaffeeberg, Straßdorf und Weiler sehen demnach einem hohen Anstieg der älteren Bevölkerung entgegen, Neubaugebiete können allerdings zu einer ganz anderen Entwicklung führen. In Rehnenhof-Wetzgau ist die ältere Bevölkerung bereits heute quantitativ stark vertreten, hier ist kein nennenswerter Anstieg mehr zu erwarten. Innenstadt, Oststadt, Hardt und Becherlehen/Ziegelberg bleiben – auch wegen ihres hohen Migrantenanteils – vergleichsweise jung.

Beschäftigungsstruktur

Die Anteile der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen des Ostalbkreises unterscheiden sich teilweise erheblich von den Vergleichszahlen der Landesebene. So arbeiten im Ostalbkreis immer noch mehr als die Hälfte der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Das sind im Vergleich zur Landesebene (38,6%) ungewöhnlich viele. Entsprechend geringer fallen die Beschäftigungszahlen in den Bereichen Gewerbe, Handel und Verkehr mit 16,7% (Landesdurchschnitt = 20,6%) und sonstige Dienstleistungen mit 32,4% (Landesdurchschnitt = 40,5%) aus.

Die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – liegt im Geschäftsbereich Schwäbisch Gmünd bei 5,6% (Stand: Juni 2010). Schwäbisch Gmünd liegt damit über dem Durchschnitt im gesamten Arbeitsamtbezirk Aalen (5,0%). Auffallend an den Gmünder Zahlen ist die überproportional hohe Arbeitslosenquote bei Ausländern (14,7%). Auch behinderte Menschen, ältere Arbeitslose über 55 Jahre und Langzeitarbeitslose sind auf dem Arbeitsmarkt schwieriger zu vermitteln. In Schwäbisch Gmünd fällt auf, dass der Frauenanteil unter den Beschäftigten mit 44,3% niedriger ist als im Landesdurchschnitt (45,1%).



Auch die Beschäftigungsquote der ausländischen Schwäbisch Gmünder lag im Zeitraum 2003-2007 unter derjenigen der deutschen. Auch beim landesweiten Vergleich zeigt sich, dass der Anteil der Ausländer an den Beschäftigten mit 8,4% in Schwäbisch Gmünd unter dem Landesdurchschnitt (10,6%) liegt. In den beiden letzten Jahren sind allerdings Annäherungsprozesse der Beschäftigungsquoten zu beobachten. Während die Beschäftigungsquote der deutschen Bevölkerung Schwäbisch Gmünds bis 2006 bei ca. 50 % nahezu konstant blieb und erst 2007 auf fast 52 % stieg, sank diese bei der ausländischen Bevölkerung von 2003 bis 2005 von knapp 39 % auf 36 % ab, stieg aber von da an bis 2007 auf 40,4 % an (Deutschland 31.12.2007: 31,8 %).

Bevölkerungsstruktur

In Schwäbisch Gmünd wurde im Jahr 2008 eine umfangreiche Datenerhebung zur Erstellung eines Integrationsberichts und eines Konzepts durchgeführt. Dazu wurde das Einwohnermelderegister mit einer speziellen Software zur Erkennung von Einwohnern mit Migrationshintergrund ausgewertet. Deshalb ist der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund (nicht nur der Ausländeranteil) bekannt.

35% der Gmünder Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Einzelne Stadtviertel tragen dazu mit einem Migrantenanteil von bis zu 72% bei. In Gmünd kommen die meisten Einwohner mit Migrationshintergrund aus der ehemaligen Sowjetunion (26,3%) und der Türkei (21,0). In den jüngeren Alterskohorten ist der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund höher: Bei den unter 20-Jährigen sind es 45%, bei den unter 60-Jährigen 29%. Dennoch steigt auch der Anteil älterer Einwohner mit Migrationshintergrund an und stellt damit neue Herausforderungen an Senioren-, Alten- und Pflegearbeit.

An diesen Zahlen wird deutlich, dass in Schwäbisch Gmünd schon heute die Zuwanderung und die dafür notwendige Integration von Migranten ein wichtiges Thema ist und bleiben wird.

Betrachtet man die Altersgruppen hinsichtlich des Migrationshintergrundes ergibt sich folgendes Bild:

	0-20	20-40	40-60	60-80	80 und älter
Deutsche o. MH	55%	60,2%	68,7%	70,7%	81,6%
(Spät)-Aussiedler	13,6%	12,8%	14%	17,1%	14,6%
Eingebürgerte und Doppelstaatler	19,3%	7,1%	4,3%	3%	2,4%
Ausländer	12,1%	19,9%	12,9%	9,3%	1,4%

In den jüngeren Alterskohorten ist der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund deutlich höher als bei den älteren Bevölkerungsgruppen. Aber bereits in der Altersgruppe der 40-60-jährigen haben über 30% der Schwäbisch Gmünder Einwohner einen Migrationshintergrund.



Daran wird deutlich, dass in den nächsten Jahren der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch bei den älteren Einwohnern weiter steigt.

Finanzielle Folgen

Der demografische Wandel ist für den städtischen Haushalt in mehrfacher Hinsicht mit großen Risiken verbunden.

Die Stadt Schwäbisch Gmünd ist im Vergleich zu anderen Städten in Baden-Württemberg steuerschwach. Die Steuerschwäche soll durch den kommunalen Finanzausgleich Baden-Württemberg nivelliert werden. Die Finanzausgleichszahlungen werden an der Einwohnerzahl bemessen. Das heißt: Je weniger Einwohner Schwäbisch Gmünd hat, umso geringer ist der Ausgleich für die fehlende Steuerkraft.

Der Finanzausgleich unterstellt, dass größere Städte einen höheren Finanzbedarf haben, weil sie mehr zentrale Funktionen wahrnehmen. Je mehr Einwohner eine Stadt also hat, umso höher ist der Betrag, den eine Stadt für jeden Einwohner im kommunalen Finanzausgleich bekommt. Dies gilt aber auch umgekehrt. Je weniger Einwohner eine Stadt hat, umso geringer ist der Betrag, den die Stadt je Einwohner erhält. Folglich werden die Einnahmen der Stadt im Finanzausgleich bei einer zurückgehenden Einwohnerzahl überproportional sinken.

Der oben beschriebene Rückgang der Einnahmen erfolgt zeitversetzt um zwei Jahre, d.h. zwei Jahre nach jedem Einwohnerrückgang werden die Finanzausgleichszuweisungen angepasst. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Kosten nicht im gleichen Tempo gesenkt werden können. Z.B. werden sich die Gebäudekosten für Schulen und Kindergärten, wenn diese weniger oder gar nicht genutzt werden, nicht innerhalb von zwei Jahren senken lassen, insbesondere dann, wenn Kredite zu bedienen sind, die mit der Errichtung dieser Gebäude in Verbindung stehen.

Bei einem Einwohnerrückgang wird sich daher eine Schere zwischen Einnahmerückgang und Kostenrückgang auftun. Diese Lücke müsste dann durch Steuer- oder Gebührenerhöhungen gedeckt werden oder indem an anderer Stelle auf Leistungen der Stadt für die Bürgerinnen und Bürger verzichtet wird. Sowohl das eine wie auch das andere mindert die Attraktivität von Schwäbisch Gmünd als Wohnort.



B. Bestandsaufnahme zum bisherigen Engagement im Bereich des demografischen Wandels

Nach dem Grundsatz **„Agieren können statt reagieren müssen“** versucht auch die Stadt Schwäbisch Gmünd in den letzten Jahren mit großem Einsatz vielerlei Entwicklungsprozesse und Projekte zur Gestaltung des demografischen Wandels gezielt auf den Weg zu bringen.

- Die Durchführung einer internationalen Städtebaukonferenz 2005 zur „Nachhaltigen Stadtentwicklung und dem demographischer Wandel“ (Gefördert durch die Europäische Union)
- Die Teilnahme an Forschungsvorhaben wie dem Projekt „Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt“ mit dem Deutschen Institut für Urbanistik
- Die Verstärkung der Stadtteilarbeit (Südstadt, Oststadt, Hardt, Herlikofen und Straßdorf) mit dem Ziel der Unterstützung und Aktivierung der Stadtteilbevölkerung in allen Lebenslagen durch hauptamtliche Stadtteilkoordinatoren/ Quartiersmanager
- Das Netzwerk Generationaktiv mit dem Ziel die Generation 50+ als Chance für gesellschaftliche Entwicklung und bürgerschaftliches Engagement anzusehen, welches bis Februar 2009 vom DRK organisiert wurde, wurde unter Federführung der Stadt Schwäbisch Gmünd und mit Unterstützung des Baden-Württembergischen Städtetags und Finanzierung durch das Sozialministerium Baden-Württemberg neu aufgestellt. Der Gemeinderat hat eine Gesamtkonzeption „Neue Wege und Formen bei der Unterstützung des Ehrenamts durch die Stadtverwaltung“ im Mai 2010 beschlossen.
- Den Familienprozess „Aktion Familie“ mit dem Ziel der familienfreundlichen Stadt Schwäbisch Gmünd und einer Vielzahl an Projekten wie z.B. einer Familienzeitung, dem Familienaudit der Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd als familienfreundlicher Betrieb und der politischen Partizipation von Familien
- Den Seniorenprozess mit Öffnung der Senioreneinrichtungen für neue Zielgruppen wie Familien und Migranten hin zu Treffpunkten für alle Generationen.
- Die Verknüpfung von Senioren- und Familienprozess erwies sich, nachdem beide Prozesse über einen Zeitraum von 5 Jahren erfolgreich auf eigener Schiene wirksam wurden, als erforderlich. Das Miteinander der Generationen, das voneinander Lernen und profitieren, kann nur Hand in Hand erfolgreich sein. Deshalb werden auch die beiden Prozesse, Senioren – und Familienprozess, miteinander verknüpft, um Synergien zu erzielen.
- Die Umsetzung des mit Unterstützung des europäischen Forums für Migrationsstudien, Institut an der Universität Bamberg, erstellten Integrationskonzepts. Ziel ist die strukturelle, kulturelle, soziale und identifikatorische Teilhabe aller (Migranten) an der Stadtgesellschaft.



- Die Umsetzung des aktuell vorliegenden kommunalen Jugendplans mit dem Ziel der Neuausrichtung der Jugendarbeit in Richtung Sozialraumorientierung und veränderte demografische Erfordernisse in den Stadtteilen und Ortschaften.

- Der erste Bildungsbericht der Stadt Schwäbisch Gmünd liegt vor. Ein Schwerpunktthema des Bildungsberichts ist der demografischen Wandel. Der Bevölkerungsanteil der Kinder und Jugendlichen wird in allen schulrelevanten Altersgruppen abnehmen. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Schwäbisch Gmünd wird auf über 50 % ansteigen. Dies wird für die nächsten Jahre deutliche Auswirkungen sowohl auf pädagogische und erzieherische Inhalte, als auch auf die Infrastruktur der Bildungseinrichtungen haben.

- die Stadt Schwäbisch Gmünd führt derzeit ein kooperatives Planungsverfahren zum Bereich der Sportentwicklung durch.



C. Die Handlungsstrategien

Die konzeptionelle Vorgehensweise, um den demografischen Wandel in Schwäbisch Gmünd positiv zu beeinflussen, bilden die nachfolgenden **fünf Handlungsstrategien**.

1. Strategie: Die Verbesserung der kommunalen Daseinsvorsorge

Mit einer sogenannten **Anpassungsstrategie** hat sich die kommunale Infrastruktur (Einkauf und Handel, Kindertagesstätten, Schulen, Sportstätten, Weiterbildungseinrichtungen, ÖPNV, Senioreneinrichtungen, Integrationstreffpunkte usw.) an die sich verändernden demografischen Notwendigkeiten einer künftig älter, weniger, bunter und ärmer werdenden Bevölkerung anzupassen. Gleichzeitig sind die sich verändernden Bedarfe der Zielgruppen zu berücksichtigen (Vereinbarkeit von Familie und Beruf, lebenslanges Lernen, Betreutes Wohnen in der eigenen Wohnung u.ä.). Diese Strategie der Anpassung ist sowohl sozial- als auch wirtschaftsverträglich zu gestalten.

Das Ziel ist die Erarbeitung von kommunalen Anpassungskonzepten, die diskursiv mit allen wesentlichen Akteuren des jeweiligen Handlungsfeldes erarbeitet werden und dann über gemeinsame Zielvereinbarungen oder Monitoring Verbindlichkeit erlangen.

2. Strategie: Die Steigerung der Attraktivität der Stadt

Unser Wirtschaftssystem wie auch die Gestaltungsmöglichkeiten unserer Stadt beruhen auf Wachstum und damit auf Zuwachs an Bevölkerung. Selbstverständlich bedeutet es auch, dass unsere Stadt für ihre derzeitigen Bewohner/-innen so reizvoll ist, dass sie nicht wegziehen. Zwar kann die Stadt wenig Einfluss nehmen auf ihre Bedeutung als Wirtschaftsstandort. Dies ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen, Handel- und Gewerbetreibenden. Doch können wir darüber hinaus die Attraktivität unserer Stadt als Lebensmittelpunkt und Wohnort für ihre Bewohner und mögliche Neubürger sicherlich noch steigern. Dafür bedarf es einer sogenannten **Anreizstrategie**, die etwa eine Familien- und Seniorenfreundlichkeit der Stadt zum Ausdruck bringt im städtischen Klima und Leitbild der Stadt, in der Verwaltung, in den Betrieben, in den Einrichtungen für Kinder und Familien, in den Vereinen und Organisationen, bei der Gestaltung der Stadtquartiere und dem Bau entsprechender Wohnanlagen. Es geht um die Schaffung von Anreizen, die auch die Besonderheiten und die Lebensqualitäten unserer Stadt zum Ausdruck bringt. Die Vermittlung von Offenheit hinsichtlich Andersartigkeit (Stichwort: Migranten) und das gute Miteinander (Stichwort: hohes bürgerschaftliches Engagement) sind dabei ebenfalls als mögliche Anreize zu werten. Sicherlich ein wichtiger Anreizbereich wird auch die Bildung sein. Doch geht es dabei nicht nur um die Angebotsanpassungen wie unter Punkt 1, etwa eine verlässliche Betreuung von Grundschulern, sondern auch um Anreize wie etwa das Landeshochbegabtgymnasium in Schwäbisch Gmünd.

3. Strategie: Die Verbesserung der Kommunikationsstrategie

Der politische Umbauprozess einer alternden Stadt muss positive Botschaften enthalten. Im Zentrum einer **Kommunikationsstrategie** sollte daher einerseits die offensive Informationsweitergabe über den Demografischen Wandel und seine Folgen an den Gemeinderat, die Ortschaftsräte, die Fachforen sowie die Stadtteil- und Ortschaftsbewohner erfolgen. Andererseits gilt es daraus resultierende neue Qualitäten zu vermitteln und die Chancen des demografischen Wandels zu nutzen. Beispielsweise wird es künftig eine



große Gruppe von älteren und aktiven Menschen geben, die eine lange Lebensphase ohne fundamentale körperliche Beeinträchtigungen erleben werden. Diese ältere Generation bildet einen Wachstumsmarkt mit enormer Kaufkraft und Nachfrage nach spezifischen Dienstleistungen. Darüber hinaus bietet auch das Thema Zuwanderung und die verstärkte Integration der Zuwanderer neue Chancen eines multikulturellen Zusammenlebens in der Stadt. Sicherlich gehört dazu auch ein gutes, auf unsere Stadt abgestimmtes Marketing- und Touristikkonzept.

4. Strategie: Die Stärkung einer regionalen Kooperationsstrategie

Die beschriebenen strategischen Ausrichtungen für Schwäbisch Gmünd brauchen auch eine **Kooperationsstrategie** in Richtung regionaler Dialog.

Unter der Federführung der Regionalplanung könnten vorrangige Handlungsfelder (Verkehr, Gesundheitsversorgung etc.) für die Gestaltung des demographischen Wandels in der Region gemeinsam in regionaler Kooperation und Vernetzung angegangen werden.

5. Strategie: Die Förderung einer Innovations- und Wachstumsstrategie

Defizite sind Fachkräftemangel und sinkende Steuerkraft. D.h. es braucht v.a. **Leuchtturmprojekte**, welche der kommunalen Wirtschaftsentwicklung förderlich sind. Dazu bedarf es:

- einer Bildungs- und Betreuungsoffensive
- einer Qualifizierungsoffensive
- einer Weiterbildungsoffensive
- einer generationsübergreifenden Initiative und
- eines Ausbaus der sogenannten Übergangssysteme (wie z.B. neue haushaltsnahe Dienstleistungen).



D. Die Handlungsfelder

Sollen sich die **Vorausberechnungen des Bevölkerungsrückgangs nicht erfüllen** und Schwäbisch Gmünd **nicht zu den Verlierern des demografischen Wandels gehören**, muss die Stadt eine aktive Wachstumsstrategie betreiben, d.h. neue Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewinnen und eine Abwanderung vorhandener Bewohner in das Umland verhindern. Die Zuwanderung von Migranten bedarf besonders der menschlichen und sprachlichen Integration. Sie ist geprägt von Toleranz und dem Respektieren von Werten. Die Stadt trifft auch künftig Vorsorge für die Menschen, die in Schwäbisch Gmünd leben und der Hilfe bedürfen.

Regionale Daseinsvorsorge, sozialer Zusammenhalt in den Quartieren, Städten und Regionen, angemessene Wohn- und Lebensbedingungen und die Anpassung der gebauten Umwelt an den demografischen Wandel sind zentrale Aufgaben in der fachbereichsübergreifenden Herausforderung der Zukunftsgestaltung unter sich drastisch ändernden Bedingungen.

Die im nachfolgenden genannten **10 Handlungsfelder** konkretisieren die beschriebenen Handlungsstrategien.

- Handlungsfeld Wirtschaft

Hierbei handelt es sich um **das Schlüsselhandlungsfeld**, welches von der Kommune meist nur bedingt beeinflusst werden kann durch die kommunale Wirtschaftsförderung, die ein unternehmer- und händlerfreundliches Klima in der Stadt schafft. Unmittelbar beeinflussen kann die Stadt die Schaffung von attraktiven Arbeitsplätzen in der Verwaltung mit familienfreundlichen Rahmenbedingungen und die Vergabe von Aufträgen und Dienstleistungen an die lokale Wirtschaft. Darüber hinaus ergeben sich für das Handlungsfeld folgende Aufgabenstellungen:

Durch ein **ausreichendes Angebot von Arbeitsplätzen** sollen beruflich bedingte Fortzüge vermieden werden, so dass ein ausgeglichenes Wanderungssaldo erreicht wird. Die Wirtschaftsförderung bringt sich hier im Rahmen ihrer Möglichkeiten (Bestandspflege, ggf. Neuansiedlungen) ein.

Aufbauend auf den in Schwäbisch Gmünd vorhandenen Kompetenzen (z.B. St. Loreto, Lindenhof, St. Canisius, St. Josef, Blinden- und Pflegeheime) ist die **Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen im Bereich der sozialberuflichen Dienstleistungen** zu fördern. Laut Statistischem Landesamt wird gerade in der Pflege ein großer zusätzlicher Arbeitskräftebedarf entstehen. Das Institut für Arbeitsmarkt und Sozialforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit fürchtet schon in den nächsten Jahren Engpässe bei Sozialarbeitern, Altenpflegern, Krankenpflege- und Erziehungskräften.

Die Wirtschaftsförderung ist das **Scharnier zur Privatwirtschaft bei Maßnahmen von Bildungsträgern**, die das Interesse von Kindern an Berufen mit Zukunfts- und Wachstumspotential wecken sollen. Damit begegnet die Stadt dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel. Ein wichtiger Beitrag hierzu ist das Forschungs- und Qualifizierungszentrum im Rahmen des EULE Projekts.



In Kooperation mit den Bildungsträgern und der Arbeitsagentur unterstützt die Wirtschaftsförderung Angebote, die einen **längeren Verbleib älterer Arbeitnehmer am Arbeitsplatz** ermöglichen, um künftig den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft zu decken und den Bedürfnissen einer älter werdenden Bevölkerung gerecht zu werden.

In Zusammenarbeit mit Integrationsbeauftragter, Bildungsträgern und Arbeitsagentur unterstützt die Wirtschaftsförderung **Angebote, die junge Migranten einer qualifizierten Berufsausbildung zuführen**. Auch damit soll dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden und die Integration gefördert werden.

Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sind häufig Kunden mit hoher Kaufkraft. Die Wirtschaftsförderung unterstützt **bedarfsgerechte Ansiedlungen von Einzelhändlern**.

Die Wirtschaftsförderung unterstützt **Maßnahmen, die eine wohnortnahe Grundversorgung** (z.B. Lebensmittel, medizinische Versorgung) **der Bevölkerung sicherstellen**. Dies erhält die Attraktivität von Gmünd mit seinen Stadtteilen und dient den Bedürfnissen von in der Mobilität eingeschränkten älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Die Wirtschaftsförderung wirkt mit, um die Anforderungen der Wirtschaft als Arbeitgeber an die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu formulieren.

- Handlungsfeld Stadtplanung und Wohnen

Mit wachsendem Alter sehen sich viele Menschen Mobilitätseinschränkungen ausgesetzt. Daher werden vermehrt **zentrale Wohnstandorte gewählt, bei denen eine gute Infrastrukturausstattung in fußläufiger Erreichbarkeit liegt**. Auch ältere Menschen ohne körperliche Einschränkungen schätzen die Nähe zur Innenstadt aufgrund des kulturellen Angebots, der guten Einkaufsmöglichkeiten, der vielen dort ansässigen Ärzte und der sozialen Kontakte. Daher ist in jüngerer Zeit bei älteren Menschen ein verstärkter Trend zurück in die Stadt festzustellen. Dieses Potenzial sollte die Stadt unbedingt ausschöpfen, weil es ein wichtiger Baustein zur Sanierung und besseren sozialen Durchmischung der inneren Stadtquartiere bilden könnte. Damit kann die Innenstadt insgesamt aufgewertet und belebt werden. Der **wachsende Anteil älterer Menschen erfordert verstärkt innerstädtische Wohnungsangebote, die speziell auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind** (barrierefreie Zugänge, Fahrstuhl). Neubauten auf brachliegenden Flächen sind am besten geeignet, doch auch bei Bestandsgebäuden ist ein seniorengerechter Umbau nicht ausgeschlossen. In der Innenstadt sind in den letzten Jahren bereits mehrere Wohnprojekte dieser Art entstanden (Parlerstraße, Rinderbacher Gasse). Auch auf dem früheren Gelände der Firma Erhardt & Söhne an der Weibensteiner Straße sind Wohnungen und Einrichtungen für ältere Menschen geplant.

Entscheidend für die Wohnsituation ist jedoch nicht allein die Wohnung, sondern auch **das Wohnumfeld**. Für ältere Menschen sind soziale Treffpunkte sowie Möglichkeiten zum Spazierengehen und Verweilen von besonderer Bedeutung. Die Aufwertungen im Rahmen der Landesgartenschau mit erweiterten und attraktiver gestalteten Grünanlagen



sowie ergänzenden gastronomischen Angeboten liefern einen wichtigen Beitrag, um diese Anforderung zu erfüllen.

Die Schaffung eines **Mehrgenerationenwohnprojekts** in der Innenstadt ist bereits seit längerem in Planung und sollte unbedingt weiterverfolgt werden. Da gerade die Innenstadt als junges Wohnquartier gilt, bieten sich hier gute Möglichkeiten für generationenübergreifende Projekte. Das Deyhle-Areal ist einer von mehreren in Überlegung befindlichen Standorten. Flexible Wohnungsgrundrisse sollen bei derartigen Projekten eine **Nutzung durch dieselben Bewohner über mehrere Lebensabschnitte** hinweg erlauben.

Die Stadt sollte sich darüber hinaus weiterhin bemühen den Wegzug von Familien in die Umlandgemeinden zu verhindern, damit sich der demografische Wandel nicht weiter verschärft. **Vergünstigte Bauplatzangebote für Familien oder familienbezogene Förderprogramme** können dabei einen Anreiz schaffen. Auch die Gestaltung des Wohnumfeldes (Spielplätze, Grünanlagen, Verkehrsberuhigung) ist entscheidend bei der Standortwahl.

Das städtische Augenmerk darf allerdings in einer immer vielfältiger strukturierten Gesellschaft nicht allein auf Familien ausgerichtet sein. Ein Angebot **möglichst vieler Bauformen in Baugebieten mit unterschiedlichen Lagequalitäten** deckt die verschiedenen Bedürfnisse der Bevölkerung am besten ab.

Bei der **sozialen Infrastruktur ist auf eine flexible Nutzbarkeit zu achten**. Neubauten sollten grundsätzlich nicht auf einen Verwendungszweck beschränkt sein. Vielmehr soll ein Gebäude im Laufe der Zeit für unterschiedliche Zwecke nutzbar sein (Kindergarten, Jugendtreff, Senioreneinrichtung). Bei der vorhandenen Infrastruktur ist langfristig eine Umnutzung für seniorenbezogene Bedürfnisse zu prüfen.

- Handlungsfeld Verkehr (mit ÖPNV)

Eine alternde Gesellschaft wird die Mobilitätsstruktur deutlich verändern. Bei Personen im Ruhestand steht nicht mehr der Weg zur Arbeit im Vordergrund, stattdessen nehmen private Erledigungen (Einkauf, ärztliche Versorgung, soziale Kontakte) einen größeren Raum ein. **Mobilität wird damit künftig stärker als bisher sozialen Bedürfnissen dienen** wie dem sozialen Anschluss oder dem Erkunden neuer Betätigungsmöglichkeiten. Ältere Menschen sind aber auch weniger mobil als jüngere, es werden weniger Wege und kürzere Wegstrecken zurückgelegt. Letzteres bedingt, dass mehr Wege zu Fuß zurückgelegt werden.

Der **Ausgestaltung der fußläufigen Wegeverbindungen** kommt deswegen noch mehr Bedeutung zu. Im Fußgängerverkehr sind ausreichende Gehwegbreiten von Bedeutung, um gegenseitige Behinderungen zu vermeiden. Ältere Menschen fühlen sich zudem auf eigenen Fußgängerwegen sicherer als auf Mischverkehrsflächen, weil dort die Gefahr von Belästigungen durch rücksichtslose Verkehrsteilnehmer geringer ist. Daneben sind **sichere Querungsmöglichkeiten** von besonderer Bedeutung. Unter- oder Überführun-



gen sollten grundsätzlich auch mit Rampen oder Fahrstühlen ausgestattet sein. Bei Ampeln sind ausreichende Grünzeiten für Fußgänger und akustische Signale sinnvoll.

Neben dem Fußgängerverkehr müssen aber auch andere Verkehrsarten auf die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst werden. Beim **Radverkehr** steht besonders die Sicherheit und Bequemlichkeit im Vordergrund. Ältere Menschen fühlen sich im fließenden Verkehr häufig unsicher und bevorzugen daher separat geführte Radwege. Da das Leben der Senioren in der Regel von weniger Hektik und Zeitdruck als das der jungen Menschen geprägt ist, werden auch Umwege in Kauf genommen, wenn die Alternativrouten attraktiver ausgestaltet sind. Daher sollten für beengte Routen an Hauptverkehrsstraßen, **gut ausgebaute Alternativtrassen** zur Verfügung stehen, die im Optimalfall auch noch reizvoll sind (Führung entlang von Grünzügen).

Auch wenn inzwischen mehr ältere Menschen motorisiert sind als früher, besteht bei älteren Menschen eine erhöhte Affinität zum ÖPNV. Der **seniorenfreundlichen Ausgestaltung des öffentlichen Nahverkehrs** kommt daher große Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang wird auf die im Handlungsfeld „seniorenfreundliche und barrierefreie Stadt“ angesprochenen Umbauten von Bahnhof und Ledergasse verwiesen. Behindertenfreundliche Ein- und Ausstiege, bequeme Wartemöglichkeiten an den Haltestellen und einfach zu lesende Fahrplanaushänge können die Benutzung des ÖPNV für ältere Menschen erleichtern. Dabei spielt auch die Fahrpreisgestaltung eine Rolle. Seniorenspezifische Angebote können einen Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV bieten; zumal sie für die Verkehrsunternehmen eine interessante Zielgruppe sind, da sie vorwiegend außerhalb der Hauptverkehrszeiten unterwegs sind und somit zu einer besseren Fahrzeugauslastung in nachfrageschwachen Zeiten beitragen. Dem **Ausbau des regionalen Verkehrsverbundes** kommt ebenfalls eine entscheidende Bedeutung zu: Denn mehrfaches Lösen von Fahrscheinen ist zeit- und kostenaufwendig und überfordert einige ältere Menschen. Ein einheitliches und transparentes Fahrpreissystem erhöht dagegen den Anreiz auch längere Strecken mit Bus und Bahn zurückzulegen.

Im Bereich des **motorisierten Individualverkehrs sind Parkmöglichkeiten in Nähe der angesteuerten Einrichtungen** (Behörden, Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten) von besonderer Bedeutung.

Ein großes Problem stellt vor dem Hintergrund der eingeschränkten Mobilität älterer Menschen die Tendenz zur Zentralisierung von Nutzungen und zur zunehmenden Ausrichtung auf autogerechte Standorte. Dies ist für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer mit Erschwernissen verbunden, denn in der Regel sind weder die ÖPNV-Verbindungen noch die fußläufigen Wege auf derartige Standorte ausgerichtet. **Erhalt und Sicherung integrierter Standorte** gewinnen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels an Bedeutung.

- Handlungsfeld Bildung

Der **erste Bildungsbericht** der Stadt Schwäbisch Gmünd, erstellt mit der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, macht eine indiktorengestützte Bestandsaufnahme über



Bildungswege und Bildungschancen in unserer Stadt. Ein Schwerpunktthema des Bildungsberichts ist der demografische Wandel. Der Bevölkerungsanteil der Kinder und Jugendlichen wird künftig in allen schulrelevanten Altersgruppen abnehmen. Dabei wird der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund in Schwäbisch Gmünd auf über 50 % ansteigen. Dies wird für die nächsten Jahre deutliche Auswirkungen sowohl auf pädagogische und erzieherische Inhalte, als auch auf die Infrastruktur der Bildungseinrichtungen haben. Die **notwendigen Maßnahmen** werden sein:

- der Ausbau und die Weiterentwicklung von zukunftsorientierten Bildungseinrichtungen (Bildungshäuser wie z.B. das Bildungszentrum Lindach u.ä.)
- das Starten einer Bildungsoffensive mit Fortführung der Ansätze Bildungspartnerschaften, lebenslanges Lernen usw. der Zukunftsinitiative Ostwürttemberg 2015

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels haben insbesondere **öffentliche Sonder-, Grund- und Hauptschulen** deutlich Schüler verloren, wohingegen insbesondere Gymnasien, aber auch Realschulen, Schüler hinzugewannen. In den folgenden Jahren werden jedoch auch die Schülerzahlen der **Realschulen und Gymnasien** spürbar sinken.

Die demografische Entwicklung erfordert eine zielgerichtete Bildungsoffensive, die den Bedarf der Familien, der einzelnen Kinder und Jugendlichen erkennt und berücksichtigt und die geeignete Fördermaßnahmen und neue pädagogische Ansätze aufgreift und individuell berücksichtigt.

Die Erhöhung der Erwerbstätigenquoten und das sich wandelnde gesellschaftliche Bewusstsein in Hinsicht auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben **zu einer Veränderung der ursprünglich auf Halbtätigkeit ausgerichteten Beschulungszeit am Vormittag geführt**. Es gibt sukzessive immer mehr Angebote, die es Eltern ermöglichen, ihre Kinder länger in der Schule versorgt zu sehen. So wurden die kommunalen Betreuungsangebote im Rahmen der verlässlichen Grundschule stetig erweitert und ausgebaut. An zwei Standorten kann eine Hortbetreuung bis 17 Uhr in Anspruch genommen werden. Für eine verlässliche Ferienbetreuung sorgt ein zentrales Betreuungsangebot an allen Ferientagen in der Innenstadt. In voll gebundener, teil gebundener oder offener Form bestehen zwei Ganztagsgrundschulen und zwei Ganztags Hauptschulen. Das Scheffold-Gymnasium befindet sich, beginnend mit den Klassen 5 bis 7 ab dem neuen Schuljahr auf dem Weg zur Ganztagschule. Das Parlergymnasium und das Hans-Baldung-Gymnasium werden bei Ausbau zu Ganztagschulen folgen.

In den vorschulischen und allgemeinbildenden Einrichtungen gibt es zahlreiche **Bildungsprojekte und -aktivitäten**, die über den Alltag des institutionellen Lernens sowie über den Bildungsplan hinausgehen. Besonders zu nennen sind hier: die Sprachfördermaßnahmen, die Maßnahmen im Bereich des Übergangs von der Schule in den Beruf, die Bildungspartnerschaften von Schulen mit Unternehmen und Erziehungspartnerschaften der Schulen mit den Eltern.

In einem Land ohne nennenswerte Bodenschätze sind die Begabungen und Talente der Menschen entscheidend, die es nachhaltig zu fördern und zu unterstützen gilt. Und weil



die Menschen, ihre Begabungen und Talente und auch die Lebensumstände so verschieden sind, braucht es viele unterschiedliche Zugänge und Angebote – für Kinder und für Erwachsene, für Jüngere und für Ältere, für Hochbegabte wie für Schülerinnen und Schüler, die sich nicht so leicht mit dem Lernen tun. Chancengleichheit, Weiterentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe lässt sich nur durch eine Vielfalt der Bildungsangebote verwirklichen.

Wissen und Fähigkeiten der Berufsausbildung und der ersten Berufsjahre genügen in den meisten Fällen nicht mehr, um eine dreißig bis vierzig Jahre lange Berufslaufbahn sinnvoll zu durchlaufen. **„Lebenslanges Lernen“** hilft, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken und Ausgrenzung soweit wie möglich zu vermeiden. Ziel des „Lebenslangen Lernens“ ist, die Bildungsteilhabe zu erhöhen, allen Menschen mehr Chancen zur persönlichen, ihren Begabungen entsprechenden gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklungen zu ermöglichen und den Standort – Stadt, Land, Europa – mitzugestalten.

In Schwäbisch Gmünd stehen für das „Lebenslange Lernen“ **vielfältige Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen zur Verfügung**. Exemplarisch seien hier genannt: Abendgymnasium, Abendrealschule, Volkshochschule, Städt. Musikschule, Kolping-Bildungszentrum, Pädagogische Hochschule und Seniorenhochschule an der Pädagogischen Hochschule, Pädagogisches Fachseminar, Institut für Soziale Berufe, FernUniversität Hagen, Institut für Berufsbildung Dr. Engel, Deutsche Angestellten Akademie (DAA), Technische Akademie für berufliche Bildung, Berufsausbildungswerk, Europäische Akademie für Oberflächentechnik (EAST), fem Forschungsinstitut Edelmetalle und Metallchemie,...

- Handlungsfeld kinder- und familienfreundliche Stadt

Für Kinder ist die **Gestaltung des öffentlichen Raums** von großer Bedeutung. Kinderspiel beschränkt sich nicht auf die privaten Grundstücksflächen, sondern findet in nicht unerheblichem Maße im öffentlichen Raum statt. Zugleich achten Kinder beim Spielen oftmals nicht ausreichend auf mögliche Gefahren, weswegen von planerischer Seite das Risiko von Unfällen minimiert werden sollte.

Verkehrsberuhigungsmaßnahmen liefern einen wichtigen Beitrag verkehrliche Gefahrensituationen zu entschärfen. Auch die Querungssituationen für Fußgänger an stark frequentierten Straßen sollten möglichst übersichtlich sein und den Fußgängern das Queren erleichtern. Dies gilt im besonderen Maße im Umfeld von Schulen und Kindergärten. Ein dichtes Netz an Spiel- und Bolzplätzen vermeidet lange Wege und reduziert damit auch die Gefahren.

Das **vorschulische Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot** wird zu einem Standortfaktor für Kommunen. Erst durch den Ausbau des Bildungs- und Betreuungsangebots kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglichst angemessen gewährleistet werden, so dass das Arbeitsplatzangebot vor Ort für qualifizierte Mütter und Väter interessant wird. Auch in bevölkerungspolitischer Hinsicht können so zusätzliche Anreize für zuzugswillige Familien oder Familien mit Kinderwunsch geschaffen werden, um dem demografischen Wandel in der Kommune zu gestalten. Neben den genannten Aspekten ist das Bildungs- und Betreuungsangebot auch im Hinblick auf die Verbesserung von Chan-



Chancengleichheit, Qualifikation, Integration und gesellschaftlicher Teilhabe im Fokus bildungspolitischer Überlegungen.

Es gilt deshalb **in allen Altersgruppen ein bedarfsgerechtes, attraktives Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen**. D.h.

- im Krippenalter: Kinder unter drei Jahren
- im Kindergartenalter: Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt
- in der Schülerbetreuung: Schüler von sechs bis vierzehn Jahren

In den letzten Jahren wurde der Ausbau der Kinderbetreuung im Krippenbereich sehr stark in den Fokus gerückt bzw. forciert und vorangetrieben. Auch wegen des bestehenden Rechtsanspruchs auf einen U3-Platz ab 1.8.2013 ist der U3-Ausbau ein bundesweit großes und wichtiges Thema in den Städten und Gemeinden.

Das heißt für die kommunale Bedarfsplanung der Stadt Schwäbisch Gmünd bzgl. der Kindergarten- und Krippenplätze, dass nun eine weitere, absolut beachtenswerte Altersgruppe dazugekommen ist und in die Kalkulation und Planung mit einfließen muss. Die unter dreijährigen Kinder müssen dringend und klar ersichtlich in der kommunalen Bedarfsplanung Berücksichtigung finden.

Während der U3-Bereich stetig an Kinderzahl und Bedeutung zunimmt bzw. noch weiter zunehmen wird, müssen gleichzeitig im Ü3-Bereich insgesamt bzw. generell betrachtet stagnierende und z.T. bereits sinkende Kinderzahlen beachtet werden.

Die Beobachtungen – sowohl im U3- als auch im Ü3-Bereich – sind dabei aber z.T. stark variierend und abhängig vom jeweiligen Stadtteil bzw. Teilort in Schwäbisch Gmünd.

Der Auf- und Ausbau der Sozialraumorientierung ist dabei eine wichtige Komponente und Möglichkeit, **die Bedarfsplanung** noch passgenauer und noch besser zu gestalten.

Neben der Schaffung bzw. Bereitstellung von nachgefragten Betreuungsplätzen spielen in der Kindertagesbetreuung viele inhaltlichen und pädagogischen Themen eine große Rolle, die sich auf die tägliche Arbeit der engagierten Erzieherinnen in den Kindergärten, Kinderkrippen und Kindertagesheimen auswirken (wie z.B. die Themen Sprache bzw. Sprachförderung, Sozialverhalten, Gesundheit und Gesundheitsschutz, Migrations- und kultureller Hintergrund, Armut, Lebens- und Beschäftigungssituation in den Familien, Bildungsstand in den Familien, Erziehungs- und Betreuungssituation in der Familie (Alleinerziehende) etc.)

Die vom Kommunalverband für Jugend und Familie (KVJS) geförderte und empfohlene „Integrierte Berichterstattung auf Örtlicher Ebene“ (IBÖ) verweist für eine solche Sozialraumorientierung beispielsweise auf so sinnvolle und aussagekräftige Sozialstrukturmerkmale wie z.B. Bevölkerungsstruktur, Bevölkerungsbewegung, Situation Arbeitslosigkeit bzw. Hartz IV, Alleinerzogene, Scheidungs- und Trennungskinder oder auch die zur Verfügung stehende Wohnfläche.



Ein **Auf- und Ausbau der Sozialraumorientierung** in Schwäbisch Gmünd macht auf alle Fälle auch für den Bereich der Kindertagesbetreuung (U3, Ü3) großen Sinn – sowohl für die kommunale Bedarfsplanung als auch für die tägliche Arbeit und Steuerung in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung.

Die Grundlage der **Kinder- und Jugendarbeit** in Schwäbisch Gmünd ist seit 2009 der Kommunale Jugendplan (KJP). In ihm finden sich die Leitlinien zur Umgestaltung der zukunftsorientierten Kinder- und Jugendarbeit für die Stadt.

In fast allen Stadtteilen gibt es **Jugendtreffs** bzw. wird angestrebt einen solchen einzurichten. Die Stadtteiljugendtreffs werden seit März 2010 von den sogenannten **Sozialraumkoordinatoren** für die detentrale Jugendarbeit betreut. Diese bauen die Angebote der Jugendarbeit vor Ort aus. Als drittes Strukturelement werden in den Stadtteilen und Ortschaften **Netzwerke** aufgebaut bzw. wenn bereits vorhanden, wird mit diesen kooperiert. Diese Netzwerke sorgen dafür, dass die Jugendarbeit vor Ort in das dortige Gemeinschaftsleben eingebunden ist und akzeptiert wird. Die Sozialraumkoordinatoren tauschen sich regelmäßig mit Fachkollegen und den Ortsvorstehern aus und berichten in den Ortschaftsräten über ihre Arbeit.

- Handlungsfeld seniorenfreundliche und barrierefreie Stadt

Mit der **Ledergasse** wird eine zentrale Straßenverbindung, die Innenstadt und Spitalmühle mit dem Bahnhof und den aufgewerteten innerstädtischen Grünanlagen verbindet, grundlegend umgestaltet. Die Umbauten ermöglichen es mehr Rücksicht auf die Belange älterer Menschen zu nehmen, indem breitere Gehwege, sicherere Quermöglichkeiten, abgeflachte Bordsteinkanten und eine bessere Beschilderung geschaffen werden. Bisher fehlt es nämlich an einer übersichtlichen und einladenden Verbindung zwischen Innenstadt und Bahnhof. Im Zuge der Umgestaltung wird zudem **ein zentraler Bushaltepunkt** in der Ledergasse eingerichtet, der dank moderner Ausstattung gerade älteren Menschen den Ein- und Ausstieg erleichtert. Gleiches gilt für den **Bahnhofsbereich, der ebenfalls vollständig umgebaut wird. Barrierefreie Zugänge zu den Bahnsteigen**, u.a. durch die **Installation von Fahrstühlen**, sichern allen Personengruppen einen erleichterten Zugang zu den Zügen.

Im Rahmen der **Landesgartenschau** werden **generationenübergreifende Spielpunkte** geschaffen, die auch älteren Menschen Möglichkeiten zu körperlichen Aktivitäten eröffnen sollen. Eine vorhandene Kneippanlage, der Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes und ein neu geschaffener Meditationsweg werden weitere Anreize zur Freizeitgestaltung bieten.

Wie schon an anderer Stelle ausgeführt, wird es künftig mehr ältere Menschen geben, die in einem Zeitraum von ca. 15- 20 Jahren nach ihrer Berentung in einer relativ guten gesundheitlichen Verfassung sind und über ein hohes Maß an Kompetenzen verfügen. Auf diese Kompetenzen sollte ein Gemeinwesen nicht verzichten, sondern vielmehr versuchen, sie im Rahmen des **Bürgerschaftlichen Engagements** in die vielfältigen, zu bewältigenden Herausforderungen unserer Gesellschaft einzubinden.



Die Stadt Schwäbisch Gmünd hat dazu die **Stabsstelle „Bürgerschaftliches Engagement“** geschaffen. Ziel muss es sein, dass diese vernetzt mit anderen Ämtern und Institutionen arbeitet und der steigenden Nachfrage nach Förderung und Koordination des Bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt gerecht wird. Darüber hinaus müssen auch in Zukunft, viele junge Senioren in die ehrenamtlichen Tätigkeiten der **Spitalmühle** (beispielsweise Mithilfe im Cafebetrieb, Vermittlung von Lesepatzen, Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten an Jüngere, u.a.m.) **und der sonstigen Stadtteil- und Generationenbüros im Sinne der Umsetzung der Sozialraumorientierung auch im Seniorbereich** einbezogen werden. Dort, wo es noch keine solchen Einrichtungen als Anlaufpunkte für Senioren im Stadtteil oder der Ortschaft gibt, sind solche aufzubauen.

Um möglichst lange die eigene **Gesundheit** zu erhalten, müssen verstärkt präventive Angebote, vor allem zur körperlichen Fitness und zur Ernährung, gemacht werden. Auch **die Sportvereine werden sich künftig dieser neuen Zielgruppe verstärkt zuwenden müssen. Eine Vernetzung im Gesundheitswesen** mit Organisationen, die im Seniorbereich tätig sind, ist anzustreben. Dies gilt auch für rehabilitative Maßnahmen. Für die Betreuung der steigenden Zahl **der an Demenz Erkrankten** müssen neue Wege beschritten werden, so, wie es schon von manchen Sozialstationen und andere Organisationen wie z.B. dem DRK mit Hilfe von Ehrenamtlichen in der Tagesbetreuung praktiziert wird.

Im Bereich der ambulanten und stationären Hilfen ist die die Stadt Schwäbisch Gmünd gut versorgt.

Da die meisten Menschen laut Umfragen, aber gerne **in den eigenen vier Wänden alt werden** möchten, braucht es zusätzlich dringend auf das Quartier, den Stadtteil bezogene, **kleinräumige Versorgungsnetzwerke**. Diese schließen die Lücke zwischen den professionellen Hilfen von Pflegeheimen und ambulanten Diensten auf der einen Seite und den privat geleisteten Hilfen der Familien und Angehörigen auf der anderen Seite. Es geht um die **Ermöglichung des betreuten Wohnens** zuhause.

Hier hat die Stadt Schwäbisch Gmünd mit ihren Stadtteil -und Generationenbüros schon einen guten Anfang gemacht. Der Generationentreff Spitalmühle und das Amt für Familie und Soziales sind dabei, diese Büros zu vernetzen und ihnen Impulse und Hilfestellung für ihre Arbeit im Quartier zu geben. So beispielsweise mit **dem Projekt „Seniorenbegleiter“**, mit dem älteren Menschen eine individuelle Begleitung in kleinen Alltagsangelegenheiten ermöglicht werden soll. Oder auch mit dem **Projekt „Fahrdienst“**, bei dem Älteren ermöglicht werden soll, Dinge zu erledigen, die sie nicht mehr zu Fuß machen können.

Oft sind es ja nur kleine Hilfen, die einem älteren Menschen den Verbleib in der eigenen Wohnung und damit ein selbst bestimmtes Leben ermöglichen. Dafür wird auch die Arbeit der **ehrenamtlichen Wohnberatungsstelle** für barrierefreies Wohnen in Schwäbisch Gmünd immer wichtiger. Deren Arbeit ist in Zukunft zu verstärken und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen, Architekten, Bauämtern, Handwerkern und sozialen Diensten herzustellen.



Ein absolutes Muss, um einen langen Verbleib in der eigenen Wohnung zu ermöglichen, ist für jede Kommune die **Barrierefreiheit** auf öffentlichen Plätzen sowie in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, wie beispielsweise dem Bahnhof.

Auch beim **Neubau von Wohnungen** sollte darauf geachtet werden. Hierfür macht sich in der Stadt die Aktion Netzwerk stark. Sie ist ein Zusammenschluss von Behinderteneinrichtungen, -organisationen, Betroffenen und Angehörigen, die sich für eine menschenfreundliche Stadt einsetzen, die auch behinderten Menschen die Teilhabe an der Stadtgesellschaft ermöglicht. Die Stadtverwaltung erstellt mit der Aktion Netzwerk gerade einen Stadtplan für Behinderte. Auch Routenkarten für barrierefreie Rundgänge im Rahmen der Landesgartenschau sind bereits angedacht.

Zur Bearbeitung dieses Handlungsfeldes braucht es künftig eine **stärkere Zusammenarbeit von Behinderten- und Senioreneinrichtungen gemeinsam mit der Stadtverwaltung**.

- Handlungsfeld Zuwanderung und Integration

Die Gesellschaft der Stadt Schwäbisch Gmünd ist von Zuwanderung geprägt.

Im Jahr 2008 wurde durch das europäische Forum für Migrationsstudien (efms) eine umfassende Datenerhebung durchgeführt, welche in den Integrationsbericht der Stadt Schwäbisch Gmünd mündete.

Auf dieser Grundlage wurde anschließend in sechs Handlungsfeldern ein **Integrationskonzept** entwickelt, welches im Herbst 2009 vom Gemeinderat verabschiedet wurde.

Für jedes Handlungsfeld (Sprache und Bildung, Wirtschaft und Arbeit, Wohnen und Stadtentwicklung, Soziales, Gesundheit und Sport, Aktives Zusammenleben, Interkulturelle Öffnung der Institutionen) wurden **Ziele und Maßnahmen für die Integrationspolitik** der Stadt Schwäbisch Gmünd verabschiedet.

Diese Ziele und Maßnahmen gilt es in den nächsten Jahren umzusetzen. Dies erfolgt derzeit durch die einzelnen Arbeitsgruppen der Handlungsfelder. Anhand der verschiedenen Handlungsfelder ist klar erkennbar, dass **Integration eine Querschnittsaufgabe** ist, die in alle Bereiche des Zusammenlebens hineinwirkt.

(Spät)-Aussiedler, Eingebürgerte und Doppelstaatler verbringen ihr Leben in Deutschland. Aber auch bei der Gruppe der Ausländer ist davon auszugehen, dass die meisten nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren. Zuwanderer mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus haben in aller Regel ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland bzw. in Schwäbisch Gmünd und werden hier ihr Leben verbringen. Somit ergeben sich für die **Seniorenarbeit und Altenhilfe** neue Herausforderungen.

Im Bereich der vorschulischen und schulischen Bildung muss auf die Herausforderungen, die sich durch die veränderte Bevölkerungszusammensetzung ergeben, eingegangen werden. Ein **Konzept zur Sprachförderung** wird aktuell erarbeitet.



Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen bei ihrer Berufswahl nachhaltig unterstützt werden. Künftig wird jede Arbeitskraft wichtig sein, so dass so viele Schüler wie möglich eine qualifizierte Ausbildung abschließen sollten um anschließend dem Arbeitsmarkt als Fachkraft zur Verfügung zu stehen. Hier kommen sowohl auf die Schulen als auch auf die Jugendlichen und die Wirtschaft neue Herausforderungen zu.

Aber auch in Bezug auf die **Stadtteilentwicklung und Wohnen** müssen spezifische Belange von Einwohnern mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden. Die Innenstadt ist z. B. ein Stadtteil, in welchem überproportional viele Einwohner mit Migrationshintergrund leben. Bei der Konzipierung neuer Wohngebiete oder Wohnformen sollte darauf geachtet werden, dass diese Anreize für Einwohner jeglicher Herkunft bieten, um so auch ein Zusammenleben aller zu unterstützen.

In allen Bereichen muss zudem auch die **interkulturelle Öffnung und Kommunikation** vorangetrieben werden. Generell müssen, auch in Bezug auf den demografischen Wandel in jedem Handlungsfeld die spezifischen Bedürfnisse von Einwohnern mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Handlungsfeldern Eingang finden.

- Handlungsfeld Solidarität im Sozialen

Bereits heute pflegt Schwäbisch Gmünd eine breite Mitwirkungsmöglichkeit bürger-schaftlichen Interesses an vielen kommunalpolitischen Fragen. Die Gmünder Bürgerschaft soll künftig noch mehr als bisher an stadtpolitischen Fragen mitwirken. **Frühzeitige und kontinuierliche Bürgerbeteiligung** bilden den Einstieg für bürgerschaftliches Engagement. Solidarität und Gemeinsinn werden gestärkt durch die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Stadt.

Die **Qualifizierung und Fortbildung** von Organisationen und Freiwilligen **zum freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement** ist künftig besonders wichtig. Hier leisten die Caritas die Stiftung Haus Lindenhof und das DRK teilweise in Kooperation mit der Stadt bereits sehr viel mit Maßnahmen wie Sozialführerschein, Bürgermentoren oder Kursen für Vorruheständler. Hier kann die Stadt einen zusätzlichen Beitrag leisten, indem sie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in das städtische Aus- und Fortbildungskonzept aufnimmt in dem Sinne, dass jeder städtische Mitarbeiter das Engagement in der Stadt fördert. Neue Wege, wie Jugendliche für freiwilliges Engagement gewonnen werden können, sind zu finden. Etwa die Aufnahme von Schnupperwochen in sozialen Einrichtungen von städtischen Auszubildenden. Denn der frühe Einstieg ins freiwillige Engagement bildet die Grundlage für ein Engagement auch in späteren Jahren. Auch dem Engagement von Migranten kommt eine wichtige Bedeutung zu

Das Förderkonzept mit Mikroprojekten des EU-Förderprogramms STÄRKEN vor Ort ehemals LOS - Lokales Kapital für soziale Zwecke, das bis 2011 in den Stadtteilen Oststadt, Innenstadt und Hardt läuft, sollte verstetigt werden und auf weitere Stadtteile ausgedehnt werden. und mit der Stadtteilarbeit verknüpft werden. Dazu werden künftig aus den Budgets der unterschiedlichen Fachbereiche (Kultur, Bildung, Soziales) gemeinsame, **kleine Sozialraumbudgets für flexible Projektfinanzierungen** geschaffen.



Es sollten nicht nur die Leistungen im Sozialbereich sozialraumorientiert angeboten werden, sondern künftig alle möglichen Leistungen und Angebote der Stadt, die sich dezentralisieren lassen. Das bedeutet mehr Lebensqualität und Bürgernähe für die Bewohner in den Stadtteilen und Ortschaften.

Die **Erarbeitung gemeinsamer Quartierskonzepte von Stadt- und Sozialplanung** muss verstärkt werden. In den Ortschaften haben die Bezirksämter hier eine wichtige **koordinierende Funktion** und stellen an hohes Maß an Bürgernähe her. Dies fehlt in den Innenstadtteilen. Deshalb bedarf es vor allem in den **Stadtteilen Innenstadt, Oststadt, Hardt, Südstadt und Weststadt eines kontinuierlichen Quartiersmanagements bzw. einer Stadtteilkoordination** mit entsprechenden Anlaufstellen für die der Stadtteilbewohner vor Ort.

Zwar wurde die Zahl der in Schwäbisch Gmünd in städtischen Notunterkünften untergebrachten Obdachlosen in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt: von 482 Personen im Jahre 1993 bis auf 57 Personen im Jahre 2010. Langfristiges Ziel sollte es aber sein, dass es künftig **keine obdachlosen Menschen mehr in Gmünd gibt**.

Von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen sollten durch die Verstärkung von Prävention und mit Hilfe sozialer Arbeit noch mehr in regulären Mietwohnungen untergebracht werden. Bei nicht abwendbaren Wohnungsnotfällen sollte eine dauerhafte Unterbringung in mietvertraglich abgesicherten Wohnungen oder, wenn dies nicht möglich ist, in einer geeigneten Einrichtung angestrebt werden.

Handlungsfeld Kultur, Freizeit und Sport

Die **lokale Sportpolitik** steht heute angesichts des tiefgreifenden Wandels des Sports vor neuen Herausforderungen. Neben der klassischen Frage, **welche und wie viele Sportstätten für die Bevölkerung benötigt werden**, rücken verstärkt weitere Themen in den Mittelpunkt der Sportpolitik. Dabei werde insbesondere **Fragen der Angebots- und Organisationsentwicklung im Sport** angesprochen, die sich durch eine rein quantitative Betrachtung nicht beantworten lassen. Darunter fallen Punkte wie etwa der Ausbau der Zusammenarbeit der Sportvereine untereinander und mit anderen Institutionen, die (früh)kindliche Bewegungsförderung, die demografischen Entwicklung (wir werden weniger, älter, weiblicher und internationaler) oder die Zukunft der kommunalen Sportförderung. Dies alles beinhaltet zudem die Frage, wie die Sportvereine auf die vielfältigen Bedingungen reagieren müssen und welche Anpassungsstrategien für sie von Vorteil sind. Die vielfältigen Anforderungen an **eine zukunftsorientierte Sportpolitik erfordern neue methodische Zugänge in der Sportentwicklungsplanung**. Zum einen werden nach wie vor quantitative Daten benötigt, um das Sportverhalten und den Bedarf an Sportstätten zu ermitteln oder detailliertes Wissen über Situationsbeurteilungen und Bedarfe aus der Sicht der Sportvereine, Schulen oder Kindergärten zu erhalten. Zum anderen sollen – aufbauend auf den erhobenen Daten – konkrete und detaillierte Handlungsempfehlungen für die relevanten Themenfelder der Sportentwicklung erarbeitet werden.

Die Bedeutung der Bewegung für die kindliche Persönlichkeitsentwicklung ist unumstritten. **Kinder brauchen Bewegung** für eine gesunde körperliche, aber auch harmonische geistige, emotionale und soziale Entwicklung. Dafür sind ausreichende Spiel- und Bewe-



gungserfahrungen unersetzlich. Bewegung muss zu einem täglichen Prinzip werden. Somit ist das Lernen im frühen Kindesalter in erster Linie ein Lernen über das Wahrnehmen von Bewegungen. Sich bewegen heißt, seine Umwelt „erobern“.

Von Bewegung und Spiel müssen entwicklungsfördernde Impulse ausgehen. Kinder wollen, sollen und müssen sich bewegen. Regelmäßiges, frühzeitiges und vielfältiges Bewegen hilft Kindern. Kinder sollen wichtige positive Erfahrungen sammeln, die für ihr weiteres Leben prägend sind.

Bewegung muss in der Erziehung unserer heranwachsenden Kinder in ihrer heutigen Lebenswelt elementare Beachtung geschenkt werden. Davon gehen entwicklungsfördernde Impulse in einer langfristigen Motivation zur Bewegung aus.

Das **Seniorenalter** umfasst ein weites zeitliches Spektrum. Die große positive Bedeutung von Sport und Bewegung im Alter ist längst nachgewiesen. So spielen Sport und Bewegung in unserer Lebens- und Umwelt eine zunehmende Bedeutung. Gerade in unserer täglichen Umwelt, die durch eingeengte Bewegungsräume, reduzierte Bewegungsmöglichkeiten und stark verkürzte Bewegungszeiten gekennzeichnet ist, braucht es ein anregendes und reizvolles Sport- und Bewegungsprogramm.

So gilt unabhängig vom Lebensalter, dass zu einer **gesunden Lebensweise** auch die regelmäßige Bewegung gehört. Selbst im hohen Alter lassen sich vielfältige sportliche Aktivitäten, alters- und entwicklungsgemäße Sportarten und Bewegungsprogramme finden. Die **körperliche Fitness** liegt im Trend, denn fit sein gilt in der Gesellschaft als umfassender Ausdruck von Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Sportliche Betätigung und aktive Bewegung haben eine umfassende Wirkung auf das Wohlbefinden, die Zufriedenheit und die Lebensqualität der Menschen.

Sportvereine, Kindertagesstätten und Schulen werden in den nächsten Jahren noch verstärkter als bisher die Aufgabe haben, bedarfsgerechte Angebote für alle Altersgruppen bereit zu stellen und sich auf die verändernden Anforderungen einzustellen.

In der Stadtgeschichte von Schwäbisch Gmünd nimmt Kultur seit Jahrhunderten einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert ein, sei es durch die kulturhistorische Vergangenheit der Stadt, deren steinerne Zeugen Schwäbisch Gmünd ein nicht nur baulich unverwechselbares Profil verleihen oder aber durch das kulturelle Schaffen der Bevölkerung selbst in sämtlichen kulturellen Sparten, vom rein künstlerischen bis hin zum kunsthandwerklichen Bereich.

Kultur als Angebot und aktives Tun entsteht zumeist in der Folge menschlichen Zusammenlebens und entwickelt sich unter anderem als Konsequenz der demografischen Entwicklung der Bevölkerung.

In der Betrachtung städtischen Kulturangebots ist erkennbar, dass - neben der Orientierung nach Zielgruppen - der **Bildungsaspekt** (Kulturelle Bildung) über die reine Kulturvermittlung hinaus einen wichtigen kulturpolitischen Baustein darstellt. Exemplarisch seien hierbei die Bildungsangebote der Städtischen Musikschule im frühkindlichen



Bereich und die flächendeckende musikalische Ausbildung (Jedem Kind ein Instrument etc.) sowie die zahlreichen Begleitangebote zu Veranstaltungen und Ausstellungen wie Werkeinführungen im Theaterangebot sowie Führungen, Künstlergespräche etc. im Museum im Prediger genannt.

Deutlich wird bei der Betrachtung des Kulturangebots, dass **sämtliche Bevölkerungsgruppen „bedient“ werden**, sowohl in der Auswahl zwischen Hoch- und Breitenkultur als auch insbesondere in Abhängigkeit der Altersgruppe. Zweifelsfrei wird sich das kulturelle Angebot auch künftig an der demografischen Entwicklung orientieren und dieser in seiner Angebots-, Vermittlungs- und Bildungskonzeption Rechnung tragen.

Dasselbe gilt für den großen Bereich der **von der Bürgerschaft selbst aktiv betriebenen Kulturarbeit**, im freien oder aber auch im durch Vereine und Gruppierungen organisierten Segment. Obwohl beispielsweise im Stadtverband Musik und Gesang auf Jugendarbeit großer Wert gelegt wird und eine Vielzahl von Kindern und Jugendlichen musikalisch aktiv sind, ist insbesondere bei Chören und Gesangsvereinen eine zunehmende Überalterung zu verzeichnen, sicher zu einem gewissen Anteil auch der demografischen Entwicklung insgesamt geschuldet. Ebenfalls aus der demografischen Entwicklung resultieren die kulturellen Engagements aus der Bürgerschaft in Form von besonderen Einrichtungen und Gruppen für ältere Menschen wie beispielsweise das Schwäbisch Gmünder Seniorenorchester oder die Seniorentheatergruppe in der Theaterwerkstatt. Die demografische Entwicklung wird die Kulturarbeit insgesamt als Querschnittsthema bei allen Fragen im Hinblick auf Angebotsgestaltung, Finanzmittel, Einrichtungen etc. betreffen.

Städtische Kulturarbeit trägt dafür Sorge, dass die Angebote der demografischen Entwicklung entsprechend ausgestaltet und abgestimmt sind. Publikumsorientierte Kulturarbeit der freien Träger und von Einzelpersonen entwickelt sich naturgemäß entsprechend des bestehenden Bevölkerungsbestands.

Kulturarbeit ist aber auch in der Lage, durch entsprechende Angebote und Strukturen **den demografischen Prognosen bzw. Entwicklungen aktiv zu begegnen** und zumindest eine örtliche Verbesserung des demografischen Wandels im Sinne einer ausgewogeneren Altersgruppenverteilung zu erreichen. Als weicher Standortfaktor dient **Kultur sowohl der Attraktivität einer Stadt als auch als Plattform für Identität**. Über die Präsenz von (Kultur-) Geschichte in der Stadt, das lokale Kulturangebot, die lokale Kunstproduktion, aber auch die Präsenz von Weltkultur wird nicht nur Individualität geschaffen, sondern auch Identität hergestellt und auch bewahrt. Dies hat zur Folge, dass Menschen die hier leben, sich mit ihrer Stadt identifizieren und sich in ihr zu Hause fühlen können.

Die Identität einer Stadt ermöglicht somit für die Bürgerinnen und Bürger Identifizierung mit der Stadt. Darüber hinaus kann sich die Stadt selbst über ihre Identität und damit ihre Einmaligkeit im regionalen, aber auch am internationalen Wettbewerb positionieren.

Identität und Identifikation durch Kultur sind deshalb zentrale Themen für die örtlichen Lebensverhältnisse und tragen somit maßgeblich zur Attraktivität der Stadt bei. Aus der



zunehmenden Attraktivität einer Stadt resultiert in bezug auf die Bevölkerungsentwicklung ein Bevölkerungszuwachs, welcher die negativen Auswirkungen des demografischen Wandels in der kommunalen Bürgergesellschaft kompensieren kann.

- Handlungsfeld Unterstützung für die Stadt aus der Region

Da man in Ostwürttemberg die Region als gemeinsam zu bearbeitendes Aufgabenfeld erkannt hat, ist man es gewohnt in Netzwerken zusammen zu arbeiten.

Die Oberbürgermeister der vier großen Kreisstädte Aalen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd pflegen einen regelmäßigen Austausch über die Entwicklungen in ihren Städten.

Der Regionalverband Ostwürttemberg führt regelmäßige Treffen der großen Kreisstädte als Mittelzentren mit geteilten Oberzentrumsfunktionen durch.

Unter der Federführung der IHK treffen sich der Regionalverband, die vier Oberbürgermeister der großen Kreisstädte und die beiden Landräte des Ostalbkreises und des Kreises Heidenheim regelmäßig im „Arbeitskreis „Kommunen und Wirtschaft“.

Selbstverständlich sind auch die Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region involviert.

Nicht zu vergessen ist die „Zukunftsinitiative Ostwürttemberg 2015“ als die regionale Kooperationsplattform schlechthin.

Weitere Partner, die sich teilweise schon mit der Thematik des demografischen Wandels beschäftigen, sind die Kirchen und Verbände, die Wohnungsunternehmen (z.B. VGW, Bauverein und Siedlungswerk), die Touristik und Marketing GmbH, der Handels- und Gewerbeverein, die bereits genannte Aktion Familie und ihr regionales Pendant, das Regionale Bündnis Familie.

Die Zusammenarbeit mit diesen Netzwerken und Partnern ist für die Stadt und die Gestaltung des demografischen Wandels wichtig.